



DAS ENDE DES REGIMES VON JANUKOWYTSCH DER EUROMAIDAN AUS SOZIOLOGISCHER SICHT

■ DOKUMENTATION

Reaktionen auf das Ende des Regimes von Janukowytsch (21.–23. Februar 2014)	2
Reaktionen auf die erneute Eskalation der Gewalt in der Ukraine (18.–20. Februar 2014)	6
Twitter-Diplomatie	12

■ ANALYSE

Die Orange Revolution 2004 und der Euromaidan 2013/2014: Gemeinsamkeiten und Unterschiede Von Mykhaylo Banakh, Kiew	14
---	----

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Protestierenden auf dem Maidan: 2004 und 2013/2014 im Vergleich	17
---	----

■ CHRONIK

10. – 23. Februar 2014	24
------------------------	----



Reaktionen auf das Ende des Regimes von Janukowytsch (21.–23. Februar 2014)

Nationale Reaktionen

Appell des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine, Oleksandr Turtschynow, an das ukrainische Volk, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Liebe Landsleute!

Die Ukraine hat gerade die glorreichsten und die tragischsten Tage in ihrer modernen Geschichte erlebt. Durch die leistungsstarken friedlichen Aktionen in der Verteidigung eigener Rechte und Freiheiten und der eigenen europäischen Wahl haben wir die ganze Welt überrascht und in diesem Kampf haben wir uns konsolidiert und sind als moderne politische Nation gestärkt. Aber für den Sieg über die Diktatur haben wir einen sehr hohen Preis gezahlt. Anstatt die legitimen und gerechten Forderungen der Gesellschaft zu hören und zu berücksichtigen, hat das verbrecherische und mörderische Regime von Janukowytsch unschuldige Menschen grausam und kaltblütig getötet und verstümmelt. Laut den offiziellen und schockierenden Angaben des Ministeriums für Gesundheit sind mindestens 88 Menschen gestorben. Lasst uns im Gedenken an sie eine landesweite Schweigeminute abhalten.

Die beispiellose Grausamkeit und Brutalität des diktatorischen Regimes haben die Bürger nicht gestoppt, sie haben selbstlos, um den Preis ihres Lebens, ihre Rechte verteidigt – und sie haben gewonnen. Dank dem Mut, dem Heroismus und der Opfer der Helden des Maidans fiel das blutige Regime.

Angesichts von Janukowytschs Flucht aus der Hauptstadt und der Tatsache, dass er tatsächlich von der Durchführung der verfassungsmäßigen Befugnisse zurücktrat, hat die Werchowna Rada der Ukraine die volle Verantwortung für die Situation im Land übernommen, mit konstitutioneller Mehrheit Janukowytsch aus seinem Amt entfernt und vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den 25. Mai 2014 angekündigt.

Gleichzeitig hat das Parlament ebenso mit konstitutioneller Mehrheit die Verfassung von 2004 wieder in Kraft gesetzt, die von Janukowytsch im Jahr 2010 illegal zurückgenommen wurde. Wir haben die diktatorischen Vollmachten des Präsidenten beschränkt und sind zu einer parlamentarisch-präsidentialen Republik zurückgekehrt. Auf dieser Basis wird in den kommenden Tagen im Parlament eine neue parlamentarische Mehrheit gebildet, die die neue ukrainische Regierung formiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hat das Parlament mich als seinen Vorsitzenden beauftragt, die Arbeit des Ministerkabinetts zu koordinieren, als ein erheblicher Teil der Regierungsmitglieder in unbekanntere Richtungen verschwand.

Die wiederhergestellte Verfassung von 2004 sieht vor, dass bei Abwesenheit des Präsidenten der Vorsitzende der Werchowna Rada sein Amt übernimmt. Unter den gegebenen Umständen ist es notwendig, das Funktionieren der Exekutive wiederherzustellen und faire und transparente Wahlen durchzuführen.

Zur Gewährleistung der Rechtsordnung hat die Werchowna Rada vorübergehend den Innenminister, den Generalstaatsanwalt, den Verteidigungsminister und den Vorsitzenden des Sicherheitsdiensts ernannt. Dies bedeutet, dass die Sicherheitskräfte aufgehört haben, das Leben, die Gesundheit und die Sicherheit der Bürger der Ukraine zu bedrohen.

Unsere erste Aufgabe ist es heute, die Konfrontation zu stoppen, Verwaltung, Kontrolle und Ordnung im Land wiederherzustellen, die Spezialkräfte und die Truppen zu ihren dauerhaften Einsatzorten zurückzuführen, Frieden und Ruhe zu gewährleisten und neue Opfer, lokale Konfrontation und Selbstjustiz zu verhindern. Wir müssen jegliche Erscheinungsformen von Separatismus und eine Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine mit aller Kraft verhindern.

Es macht keinen Sinn, über die wirtschaftliche Lage zu sprechen – Sie »fühlen« sie in den eigenen Taschen. Was uns Janukowytsch und Asarow hinterlassen haben, kann man kaum als einen Ruin bezeichnen. Vor dem Hintergrund der Erholung der Weltwirtschaft gleitet die ukrainische Wirtschaft in den Abgrund und ist fast bankrott. Die wirtschaftliche Erholung ist eine Aufgabe der neuen Regierung, die letztlich nach den Präsidentschaftswahlen gebildet wird. Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, das Abgleiten des Landes in den Abgrund zu stoppen, den Wechselkurs zu stabilisieren, die rechtzeitige Zahlung von Gehältern, Renten, Stipendien zu gewährleisten, das Vertrauen der Anleger zurückzugewinnen, die Unternehmensentwicklung zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine weitere unserer Prioritäten ist die Rückkehr zum Kurs der europäischen Integration, im Kampf um die der Maidan eigentlich entstanden ist. Wir müssen zur Familie der europäischen Nationen zurückkehren.

Wir erkennen die Bedeutung der Beziehungen mit der Russischen Föderation und sind bereit zu einem Dialog mit der russischen Führung, um die Beziehungen mit diesem Land auf einer neuen, wirklich gleichen und nachbarschaftlichen Basis aufzubauen, die die europäische Wahl der Ukraine anerkennt und mitberücksichtigt.

Ich hoffe, dass gerade diese Wahl während der Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 bestätigt wird. Wir garantieren, dass sie vollständig den höchsten europäischen Standards entsprechen und frei und fair ablaufen wird. Jeder wird das Recht haben, frei seine Wahl zu treffen und einen seiner Meinung nach würdigen Präsidenten der Ukraine zu wählen.

Ich möchte besonders an die Landsleute appellieren, die während der Präsidentschaftswahlen für Janukowytsch gestimmt haben, an diejenigen, die bereits von ihm enttäuscht sind, und an die, die immer noch mit ihm sympathisieren. Betrachten Sie seinen persönlichen Absturz, der von einem blutigen Drama gekrönt wurde, nicht als eigene Niederlage! Er hat vor allem Sie, die an sein Versprechen von der "Verbesserung schon heute" geglaubt haben, verraten. Ich hoffe, dass die meisten von euch die Fernsehbilder von der jetzt offenen Meschyhirja [*Anm. der Redaktion – die private Residenz Janukowytschs*] gesehen und erkannt haben, warum dieser Mann Präsident sein wollte. Ich glaube, dass Sie in freien und demokratischen Wahlen einen würdigen Kandidaten finden und wir werden unser Bestes tun, um Ihre Wahl zu gewährleisten und zu schützen.

Ich möchte wiederholen, was ich bei meiner Wahl schon gesagt habe: Ich habe dieses Amt und seine Befugnisse nicht angestrebt und nach der Wiederherstellung einer Regierung, der die Menschen vertrauen, bin ich bereit, sofort zurückzutreten. Während meiner Zeit als Vorsitzender der Werchowna Rada werde ich alles tun, um in der Ukraine Ordnung, Frieden und Harmonie zu sichern und unser Land zurück auf einen demokratischen und europäischen Entwicklungsweg zu bringen.

Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!

Quelle: <<http://batkivshchyna.com.ua/news/open/880>>

Appell der parlamentarischen Fraktion der Partei der Regionen an die Landsleute, 23.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Liebe Landsleute!

Wir durchleben zurzeit eine der schlimmsten und tragischsten Perioden unserer Heimat. Die Ukraine wurde betrogen und ausgeraubt, aber auch das ist nichts im Vergleich zu dem Leid von Dutzenden von ukrainischen Familien, die ihre Lieben auf beiden Seiten der Konfrontation verloren haben. Die Ukraine wurde verraten und die Menschen gegeneinander ausgespielt. Die ganze Verantwortung hierfür liegt bei Janukowytsch und seiner unmittelbaren Umgebung. Wir, die Fraktion der Partei der Regionen in der Werchowna Rada der Ukraine und unsere Parteimitglieder, verurteilen mit Nachdruck die verbrecherischen Befehle, die zu Menschenopfern, zu einer leeren Staatskasse, riesigen Schulden, zu Scham vor den Augen des ukrainischen Volkes und der ganzen Welt geführt und die im Ergebnis unser Land an den Rand des Abgrunds, der Gefahr der Spaltung und des Verlustes der staatlichen Souveränität gebracht haben. Kein Versuch, auf die Situation Einfluss zu nehmen, den Präsidenten umzustimmen, wurde erhört. Eine eine Million Mitglieder zählende Partei erwies sich faktisch als Geisel einer korrumpierten Familie.

Die Fraktion der Partei der Regionen vertritt die Interessen von mehr als zehn Millionen Wählern der Ukraine und von mehr als einer Million von Mitgliedern der Partei.

Die Partei der Regionen – das sind normale, hartarbeitende Menschen, die ihr Land, ihr Volk lieben; das sind Unternehmer, Gelehrte, Arbeiter, Ärzte und Lehrer.

Wir sind in das Parlament gekommen, um der Ukraine und ihrem Volk zu dienen.

Die Fraktion der Partei der Regionen verkündet, dass Meinungsunterschiede – und manchmal Unterschiede in den Ideologien – kein Hindernis für ein gemeinsames Arbeiten zum Wohle der Ukraine darstellen. Zwar können Ansichten unterschiedlich sein, jedoch haben wir alle ein Ziel – eine einige, starke und unabhängige Ukraine.

Wir verurteilen die feige Flucht und die Unbarmherzigkeit Janukowytschs.

Wir verurteilen den Verrat.

Wir verurteilen die verbrecherischen Befehle, die einfache Menschen, Soldaten und Offiziere diskreditiert haben.

Allerdings sind Versuche der totalen Einschüchterung und der Selbstjustiz, der Destabilisierung der Situation in den Regionen in einer demokratischen Gesellschaft nicht akzeptabel.

Sehr geehrte Parteimitglieder!

Wir appellieren an euch alle, an die Abgeordneten der Partei der Regionen der Werchowna Rada, die Vertreter der Stadt- und Gemeinderäte, an alle Patrioten unserer Partei. Wir werden alles Mögliche tun, um Sie vor den Fehlern, die an oberster Stelle gemacht worden sind, zu schützen.

Die Fraktion der Partei der Regionen, die weiterhin mehr als hundert nationale Abgeordnete stellt, führt ihre Arbeit für die Menschen, die uns ihr Vertrauen gaben, und zum Wohl des ganzen Landes fort.

Quelle: <<http://partyofregions.ua/news/5309dfd9f620d2f70b000031>>

Internationale Reaktionen

Europäische Union:

Stellungnahme des Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, zur Ukraine, 21.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

»Ich begrüße die vom ukrainischen Präsidenten und den Oppositionsführern erreichte Übereinkunft über eine Road Map für eine politische Lösung der Krise, deren Zustandekommen von den Außenministern Polens, Deutschlands und Frankreichs im Namen der EU erleichtert worden ist. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Vermeidung von Gewalt und weiterem Blutvergießen, um Frieden und Stabilität in diesem Land zu erreichen und einen politischen Prozess wieder aufzunehmen. Dieser muss jetzt unverzüglich implementiert werden. Die internationale Gemeinschaft hat eine Pflicht und eine Verantwortung, diesen Prozess zu unterstützen. Die Europäische Union wird diese Bemühungen weiter unterstützen und verpflichtet sich weiterhin, politische und wirtschaftliche Reformen der Ukraine zu unterstützen.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-17_en.htm>

Martin Schulz zur Ukraine und der gemeldeten Freilassung von Julia Timoschenko, 22.02.2014

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz gab die folgende Stellungnahme zur Situation in der Ukraine und der gemeldeten Freilassung von Julia Timoschenko ab:

»Im Namen des Europäischen Parlaments begrüße ich freudig die Berichte von der Freilassung Julia Timoschenkos aus dem Gefängnis. Dies ist ein historischer Moment für die Ukraine und Europa. Meine Gedanken sind bei Julia, ihrer Familie und ihren Unterstützern.

Ich würde gerne an dieser Stelle Pat Cox, dem früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments, und Aleksander Kwaśniewski, dem ehemaligen Präsidenten Polens, meinen Tribut zollen für ihr Engagement, mit dem sie halfen, den Weg für ihre Freilassung zu ebnen.

Die Situation in der Ukraine ist sehr fragil. Die Delegation des Europäischen Parlaments aus MEPs ist in dieser historischen Stunde vor Ort in Kiew. Die Bekanntmachung von Präsidentschaftswahlen für den 25. Mai ist besonders begrüßenswert und wichtig. Wandel kommt in die Ukraine. Ich bringe meine Anerkennung für die friedlichen Demonstranten zum Ausdruck und ich fordere alle auf, ruhig zu bleiben.«

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/the-president/de-en/press/press_release_speeches/press_release/2014/2014-february/html/schulz-on-ukraine-and-reported-release-of-yulia-tymoshenko>

Stellungnahme der Hohen Vertreterin der EU Catherine Ashton zu den jüngsten Entwicklungen in der Ukraine, 22.02.14 (inoffizielle Übersetzung)

Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission gab heute die folgende Stellungnahme ab:

»Die Europäische Union verfolgt Minute für Minute die sich rasch wandelnde politische Situation in der Ukraine. Ich rufe alle Seiten dazu auf, weiterhin an einem inhaltvollen Dialog teilzunehmen, um die legitimen demokratischen Wünsche des ukrainischen Volkes zu erfüllen. Die Europäische Union erwartet von allen in der Ukraine verantwortungsvolles Verhalten im Hinblick darauf, die Einheit, Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes zu erhalten. Ich ersuche einen jeden, die Regeln des Gesetzes und der Verfassung einzuhalten.

Wir brauchen eine dauerhafte Lösung der politischen Krise. Dies muss eine Verfassungsreform, die Bildung einer neuen inklusiven Regierung und die Schaffung von Bedingungen für demokratische Wahlen beinhalten. Infolge der

Übereinkunft, die die Seiten am 21. Februar erreicht haben, haben wir uns nachdrücklich dazu verpflichtet, einen inklusiven politischen Prozess zu unterstützen, bei der Deeskalation der Situation zu helfen und der Ukraine im Reformprozess zur Seite zu stehen. Diese Schritte könnten eine stabile, prosperierende und demokratische Zukunft für alle Bürger der Ukraine sichern.

Des Weiteren begrüße ich die heutige Freilassung der ehemaligen ukrainischen Premierministerin Julia Timoschenko nach mehr als zweieinhalb Jahren Haft. Dies ist ein großer Schritt vorwärts im Hinblick darauf, Bedenken zu selektiver Rechtsprechung im Land zu begegnen.

Quelle: <http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140222_01_en.pdf>

USA:

Stellungnahme des Pressesprechers des Weißen Hauses zur Ukraine, 21.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Die Vereinigten Staaten begrüßen die heute unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem ukrainischen Präsidenten Yanukowytch und den Oppositionsführern. Die Vereinbarung, ermöglicht von den Außenministern Fabius, Sikorski und Steinmeier und von Russland bestätigt, stimmt mit dem überein, was wir vertreten haben, indem wir uns für eine Deeskalation der Gewalt, eine Verfassungsänderung, eine Koalitionsregierung und vorgezogene Neuwahlen ausgesprochen haben. Wir unterstützen die Bemühungen von all jenen, die diese Übereinkunft ausgehandelt haben, würdigen die mutigen Oppositionsführer, die die Notwendigkeit zum Handeln erkannt haben, und bieten die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei ihrer Implementierung an.

In dieser Hinsicht fordern wir die unverzügliche Umsetzung der ersten Schritte – ein Ende der Gewalt, eine Amnestie, die Normalisierung der Sicherheitslage und die Verabschiedung des Verfassungspakets in der Rada –, um Raum zu bieten für die Verhandlungen zur Bildung einer technokratischen Koalitionsregierung. Respekt vor dem Recht zum friedlichen Demonstrieren – auch auf dem Maidan – ist essentiell. Wie wir gesagt haben: Es muss eine Rechenschaftspflicht geben für diejenigen, die für die Gewalt und die Toten verantwortlich sind, die es seit Beginn der Krise gab, und wir sind weiterhin bereit, zusätzliche Sanktionen zu verhängen, wo es notwendig ist. Die Vereinigten Staaten stehen den Menschen in der Ukraine zur Seite, während diese daran arbeiten, Frieden, Sicherheit und Menschenwürde im ganzen Land wiederherzustellen und den zukünftigen Kurs ihrer Nation bestimmen.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/stat-2212014.html>>

Russland:

Erklärung des russischen Außenministeriums zu den Ereignissen in der Ukraine, 24.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

In Russland ist man sehr besorgt über die Entwicklung der Situation in der Ukraine.

In den vergangenen Tagen kämpften in der Hauptstadt und anderen Städten des Landes militante Schläger, Kämpfer der ultra-nationalistischen Organisationen, mit den Strafverfolgungsbehörden, die für den Schutz der friedlichen Zivilbevölkerung und der Interessen des Staates standen.

Das Abkommen zur Regulierung der Krise in der Ukraine vom 21. Februar wird nicht umgesetzt, trotz der Tatsache, dass seine Unterzeichnung von den Außenministern Deutschlands, Polens und Frankreichs bezeugt wurde und die USA, die Europäische Union und andere internationale Strukturen dieses Dokument begrüßten.

Die Militanten wurden nicht entwaffnet, weigern sich, die Straßen der Städte zu verlassen, die sie faktisch kontrollieren, weigern sich, die administrativen Gebäude zu räumen und setzen die Gewaltakte fort.

Es ist verwunderlich, dass eine Reihe von europäischen Politikern bereits voreilig die Verkündung der Durchführung von Neuwahlen in der Ukraine im Mai dieses Jahres unterstützt, obwohl im Abkommen vom 21. Februar vorgesehen ist, dass die Wahlen erst nach Abschluss einer Verfassungsreform stattfinden sollen. Es ist klar, dass für eine erfolgreiche Reform alle politischen Kräfte der Ukraine und alle Regionen des Landes mitmachen müssen und dass ihre Ergebnisse im nationalen Referendum diskutiert werden müssen. Russland ist überzeugt von der Notwendigkeit, die Bedenken der Abgeordneten aus den östlichen und südöstlichen Regionen der Ukraine, von der Krim und aus Sewastopol, die auf dem Kongress in Charkiw am 22. Februar beschlossen wurden, in ihrem vollen Umfang zu berücksichtigen.

Tiefe Sorge aus Sicht der Legitimität rufen die Handlungen in der Werchowna Rada der Ukraine hervor. Sich faktisch nur auf die »revolutionäre Zweckmäßigkeit« stützend, werden dort »Entscheidungen« und »Gesetze« abgestempelt, einschließlich solcher, die darauf abzielen, die humanitären Rechte russischer und anderer nationaler Minderheiten, die in der Ukraine leben, zu verletzen.

Es erklingen Forderungen nach dem beinahe vollständigen Verbot der russischen Sprache, nach Lustrationen, der Liquidation von Parteien und Organisationen, der Schließung unliebsamer Massenmedien und nach einer Aufhebung der Beschränkungen für die Propaganda der Neonationalistischen Ideologie.

Ein solcher Kurs ist eingeschlagen worden, damit durch diktatorische und zuweilen sogar auch terroristische Methoden abweichende Meinungen in machen Regionen unterdrückt werden.

Zu hören waren Drohungen gegen orthodoxe Heiligtümer.

Radikale Nationalisten verhöhnen weiterhin Denkmäler in verschiedenen ukrainischen Städten und in einigen europäischen Hauptstädten entweihen ihre Anhänger Gedenkstätten für sowjetische Soldaten.

Diese Entwicklungen untergraben das Abkommen vom 21. Februar, diskreditieren seine Initiatoren und Garanten, stellen eine Bedrohung für den zivilen Frieden, die Stabilität der Gesellschaft und die Sicherheit der Bürger dar.

Russland ist verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die Position einiger unserer westlichen Partner nicht von der Sorge um das Schicksal der Ukraine bestimmt ist, sondern von einseitigem geopolitischem Kalkül. Nicht zu hören sind prinzipielle Verurteilungen der Handlungen von Extremisten, darunter neonationalistischer und antisemitischer Art. Darüber hinaus werden solche Aktionen bewusst oder unbewusst gefördert. Es entsteht der nachhaltige Eindruck, dass das Abkommen vom 21. Februar im stillschweigenden Einvernehmen mit seinen externen Sponsoren als Deckmantel für die Realisierung des Szenarios des erzwungenen Machtwechsels in der Ukraine durch die Schaffung von »Fakten vor Ort« geschlossen wurde – ohne jedweden Wunsch, einen all-ukrainischen Konsens zur nationalen Versöhnung zu suchen. Besonders besorgniserregend sind die Versuche, die internationalen Strukturen, darunter das UNO-Sekretariat, von dieser Linie zu überzeugen.

Wir rufen eindringlich alle an der Krise in der Ukraine Beteiligten zu einer maximal verantwortlichen Haltung auf, damit es nicht zu einer weiteren Verschlechterung der Situation kommt, damit diese in einen rechtlichen Rahmen zurückgeführt wird, der die sich an die Macht schwingenden Extremisten mit Härte aufhält.

Quelle: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/B395A03608020C3244257C89004F7443

Reaktionen auf die erneute Eskalation der Gewalt in der Ukraine (18.–20. Februar 2014)

Nationale Reaktionen

Offizielle Position Kiews:

Stellungnahme des Außenministeriums der Ukraine, 19.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Die Ukraine berücksichtigt die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die letzten dramatischen Ereignisse in Kiew. Wir bitten alle internationalen Partner unseres Staates, die Situation objektiv und anhand der zuverlässigen und überprüften Fakten zu beurteilen.

In den letzten Wochen haben der ukrainische Präsident und die ukrainische Regierung wichtige praktische Schritte unternommen, um im Rahmen ihrer Verpflichtungen zur friedlichen Konfliktlösung einen konstruktiven Dialog mit der Opposition zu führen. Hierzu waren die meisten Anforderungen der Opposition erfüllt – der Präsident der Ukraine hat den Rücktritt des Ministerpräsidenten der Ukraine angenommen, das führte ebenfalls zum Rücktritt des Kabinetts; die Gesetze vom 16. Januar, die zur Spaltung der ukrainischen Gesellschaft geführt haben, wurden abgeschafft; zwei Gesetze über die Begnadigung der Protestierenden, von denen das letzte am 17. Februar in Kraft getre-

ten ist, wurden umgesetzt und zu guter Letzt hat die Regierung ihre Bereitschaft ausgesprochen, mit der Arbeit an der Änderung der Verfassung der Ukraine zu beginnen.

In ihrer Bereitschaft, einen Kompromiss einzugehen und einen Dialog zu führen, hat die ukrainische Führung die unzähligen Aufrufe zur friedlichen Konfliktlösung zur Kenntnis genommen, die vom UN-Sekretariat, der EU, aus Russland, den USA und von anderen internationalen Partnern der Ukraine gekommen sind.

Nichtsdestoweniger haben die Oppositionsführer am 18. Februar, an dem Tag, an dem das Parlament der Ukraine die ersten Entscheidungen über die Änderung der ukrainischen Verfassung treffen wollte, die radikalen Protestierenden zu einer gewalttätigen Blockade des ukrainischen Parlaments und zum bewaffneten Kampf aufgerufen.

Aus diesem Grund trägt die Opposition die volle Verantwortung für die präzedenzlosen Gewaltausbrüche und die präzedenzlose Gesetzlosigkeit. Die radikalen Protestierenden nahmen bewaffnete Kämpfe in Kiew, Ternopil, Lwiw, Iwano-Frankiwsk, Riwna und anderen Städten auf, stürmten dort öffentliche und administrative Gebäude, ließen Häuser und Autos in Flammen aufgehen und zerstörten anderes Eigentum. Die Teilnehmer dieser gesetzwidrigen Aktionen haben als erste Feuerwaffen eingesetzt und dadurch viele Polizeibeamten verletzt.

Diese Aktionen haben nachfolgende gewalttätige Zusammenstöße verursacht, die zu Todesopfern unter Demonstranten und Polizeibeamten geführt haben. Dieses Blut der Töchter und Söhne der Ukraine wird für immer eine unaussprechliche Tragödie des ganzen Landes bleiben. Wir sprechen den Familien und Verwandten der Getöteten unsere aufrichtige Anteilnahme aus.

Es ist wichtig, alles Notwendige zu tun, um weitere Gewalt zu verhindern und die Gesetzmäßigkeit im Land wiederherzustellen. Der Präsident der Ukraine vertritt die Position, dass Verhandlungen der effektivste Weg sind, um den Konflikt zu lösen und den sozialen Frieden wiederherzustellen.

In dieser entscheidenden Zeit erwarten wir, dass unsere internationalen Partner alle Aktionen, die auf irgendeine Weise zur Eskalation des internen Konfliktes in der Ukraine beitragen können, verhindern werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Verurteilung aller Formen des Extremismus durch die internationale Gemeinschaft sowie deren zuverlässige Unterstützung der Bemühung der Parteien, die am politischen Prozess teilnehmen, die Feindseligkeiten zu stoppen und die Verhandlungen fortzusetzen.

Quelle: <<http://mfa.gov.ua/en/press-center/comments/586-statement-of-the-ministry-of-foreign-affairs-of-ukraine>>

Mitteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine: Bei der Antiterroroperation auf dem Territorium der Ukraine dürfen auch die Streitkräfte sich beteiligen, 19.02.2014 (inoffizielle Übersetzung, Hervorhebung im Original)

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Initiierung der Antiterroroperation auf dem Territorium der Ukraine verkündet das Verteidigungsministerium offiziell:

Das Verteidigungsministerium der Ukraine, die militärische Kontrollorgane, die Einheiten der Streitkräfte der Ukraine sichern im Einklang mit dem Artikel 5 des Gesetzes der Ukraine »Zur Bekämpfung des Terrorismus« den Schutz der Objekte der Streitkräfte der Ukraine, Feuerwaffen, Munition, explosionsgefährdeten oder giftigen Substanzen, die sich bei den Streitkräften befinden oder entsprechend aufbewahrt werden, vor terroristischen Angriffen.

Im Einklang mit dem Artikel 15 des Gesetzes haben die Streitkräfte der Ukraine im Gebiet der Durchführung der Antiterroroperation das Recht:

- **Waffen und spezielle Mittel** (Anm. der Redaktion – etwa Handschellen, Elektroschockgeräte, Tränengas-Granaten, Gummiknüppel, usw) in Rahmen des Gesetzes der Ukraine **einsetzen**;
- Die **Personen**, die sich rechtswidrig verhalten oder anderweitig gehandelt haben **festzunehmen** und den Organen des Innenministeriums auszuliefern;
- Die **Personalausweise** der Bürger und Beamten **zu überprüfen** und im Falle des Nichtvorhandenseins dessen sie **festzuhalten** bis zur Identifizierung;
- **Zur Durchsuchung von Bürgern, der persönlichen Gegenstände und der Transportmittel** einschließlich der sich in den Transportmitteln befindlichen Gegenstände auf dem Territorium der Antiterroroperation;
- Zur vorübergehenden **Einschränkungen bis hin zur vollständigen Sperrung des öffentlichen Personen- und Fahrzeugverkehrs** auf den Straßen und Wegen.

Die in diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der gültigen Gesetzgebung und verlieren sofort ihre Gültigkeit mit der Beendung der Antiterroroperation.

Das Antiterrorzentrum des Sicherheitsdienstes der Ukraine koordiniert die Handlungen der Subjekte, die an dem Kampf gegen den Terrorismus teilnehmen.

Die Teilnehmer des Antiterrorkampfes stehen unter dem Schutz des Staates.

Ungehorsam oder **Widerstand** gegenüber den Forderungen des Militärs, der an der Antiterroroperation teilnehmenden Beamten **führen zur Verantwortung vor dem Gesetz**.

Das Hauptziel der Antiterroroperation ist den Extremismus und gesetzwidriges Handeln der radikalen Gruppierungen, das das Leben von Millionen von Ukrainern gefährdet, zu stoppen und die Sicherheit von friedlichen Bürgern zu gewährleisten, **den Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern**.

Quelle: <<http://www.mil.gov.ua/index.php?lang=ua&part=news&sub=read&id=32678>> (letzter Zugriff am 22.02.2014, inzwischen entfernt)

Opposition:

In der heutigen Situation in der Ukraine ist es schwer, Verhandlungen zu führen, aber es ist noch schwerer, an Verhandlungen nicht teilzunehmen – Arsenij Jazenjuk nach dem Treffen mit den Botschaftern aus der EU, den USA und Kanada, 19.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

(...) Arsenij Jazenjuk unterstrich, dass die gemeinsame Position der Opposition und der Botschafter der EU-Länder, der USA und Kanadas darin besteht, dass »Verhandlungen mit der ukrainischen Führung nötig sind, aber das Ziel dieser Verhandlungen nicht bloß ist, Verhandlungen zu führen, sondern das Blutvergießen zu stoppen und den Konflikt mit politischen Mitteln zu lösen«: »Damit wir Mittel zur Problemlösung anbieten und nicht noch weitere Problembereiche beleuchten. Denn die Menschen sind sehr verzweifelt.«

(...) Laut Arsenij Jazenjuk sollte die erste Frage auf der Tagesordnung der Verhandlungen ein Waffenstillstand sein: "Die zweite Frage – der friedliche Protest auf dem Maidan – sollte fortbestehen. Die dritte Frage ist die Übertragung der Beilegung der Krise ins ukrainische Parlament. Die vierte Frage ist die Wiederherstellung der gegenseitigen Kontrolle der Verfassungsorgane durch die Rückkehr zur Verfassung von 2004. Die fünfte Frage ist die Bildung einer demokratischen pro-europäischen Regierung. Die sechste Frage ist die Genehmigung des Aktionsprogramms für diese Regierung. Und die siebte Frage ist am wichtigsten – das Land und jeden in der Ukraine zu retten." (...)

Quelle: <<http://batkivshchyna.com.ua/news/open/780>>

Klitschko sagt, Janukowytsch schätzt die Situation nicht adäquat ein, 19.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

»Janukowytschs Reaktion auf die Situation ist nicht adäquat. Er sagte nur, die Opposition müsse die Menschen bitten, die Konfrontation auf dem Maidan einzustellen und die Waffen abzulegen. Es ist unklar, was für Waffen er meinte, weil nur die Polizeibeamten auf die Demonstranten im Zentrum von Kiew schießen«, sagte Klitschko. »Nach meiner Meinung muss die Regierung die Truppen abziehen und den blutigen Konflikt beenden, weil Menschen sterben. Ich habe das Janukowytsch gesagt. Wie können wir verhandeln, wenn Blut vergossen wird? Leider versteht er die Situation nicht«, so Witalij Klitscho.

Quelle: <<http://klichko.org/en/news/news/klichko-yanukovich-absolyutno-neadekvatno-reaguye-na-situatsiyu>>

Internationale Reaktionen

Russland:

Russische Föderation im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine, 19.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

In Kiew und anderen Städten der Ukraine kam es in der Nacht als Folge krimineller Aktivitäten der radikalen Opposition zu Blutvergießen. Es gibt Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung und unter den Sicherheitskräften, die das gesetzmäßige Interesse des Staates an der Sicherung der öffentlichen Ordnung verteidigen. In den westlichen Regionen der Ukraine ist es sogar zur Besetzung von Polizeigebäuden, Prokuratoren und Militäreinheiten gekommen. Aufgebrachte Schläger misshandelten Polizisten und Soldaten, Dutzende von ihnen wurden verletzt. Dem Anschein nach geht es um die gewaltsame Übernahme der Macht.

Besorgniserregend sind die ausbleibenden Reaktionen seitens der Oppositionsführer, die sich hinter demagogischen Parolen wie dem Bekenntnis zu Demokratie und europäischen Werten verstecken und so die »braune« Revolution billigen.

Wir sehen auch keine kohärente Reaktion der europäischen Politiker und der europäischen Strukturen, die sich weigern anzuerkennen, dass die gesamte Verantwortung für die Taten der radikalen Kräfte in der Ukraine bei der Opposition liegt.

Die russische Seite verlangt, dass die Führer des »Platzes« [Anm. der Redaktion – es wird das russische Wort »Ploschtschad«, »Platz«, und nicht das inzwischen in die europäische Berichterstattung übernommene ukrainische Wort »Maidan« verwendet] das Blutvergießen in ihrem Land beenden und unverzüglich und ohne Drohungen und Ultimaten den Dialog mit der rechtmäßigen Regierung wiederherstellen.

Die Ukraine ist für Russland ein freundschaftlicher, brüderlicher Staat und ein strategischer Partner und wir werden allen unseren Einfluss einsetzen, damit in diesem Land wieder Frieden und Ruhe herrschen.

Quelle: <http://www.mid.ru/brp_4.nsf/newslines/63C02F61E8AD7E1244257C840035AB6D>

Europäische Union:

Stellungnahme der Hohen Vertreterin der EU Catherine Ashton zur Gewalt in der Ukraine, 18.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Ich bin zutiefst besorgt über die bedenkliche neue Eskalation in Kiew und die gemeldeten Opfer. Ich verurteile jeglichen Einsatz von Gewalt, auch gegen öffentliche Gebäude oder solche, die sich im Besitz von Parteien befinden.

Ich fordere die Führung der Ukraine dazu auf, die grundlegenden Ursachen der Krise zu bekämpfen. Politische Entscheidungen sollten im Parlament gefällt werden und die Ukraine sollte dringend zum parlamentarischen Prozess zurückkehren. Die politischen Führer müssen jetzt ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden, Vertrauen wiederaufzubauen und Konditionen zu schaffen, unter denen eine effektive Lösung der politischen Krise möglich ist.

Eine Lösung sollte die Bildung einer neuen, inklusiven Regierung beinhalten sowie Fortschritte bei der Verfassungsreform und die Vorbereitung transparenter und demokratischer Präsidentschaftswahlen. Die EU ist bereit, die Ukraine bei diesem Prozess zu unterstützen.

Quelle: <http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2014/2014_02_18_en.htm>

Štefan Füle »EU-Ukraine: Die Zukunft des Landes steht auf dem Spiel, die Waffen müssen schweigen«, 18.02.2014 (inoffizielle Übersetzung)

(...) »Um Ihnen die Wahrheit zu sagen, ich bin erschüttert. Ich habe die Ukraine innerhalb der letzten Wochen dreimal besucht und ich habe zusammen mit meinen Kollegen alles versucht, um ein Blutvergießen abzuwenden, dem sogenannten Amnestie-Gesetz zur Umsetzung zu verhelfen und dafür zu sorgen, dass der politische Prozess wieder einsetzt.

Die Nachrichten von Toten zu hören, von Hunderten Verletzten, lässt mich hier stehen und beben. Ich verurteile den Tod dieser Menschen und meine Gedanken sind bei ihren Familien und Angehörigen.

Während meines letzten Besuchs in Kiew habe ich zwei Krankenhäuser besucht, um humanitäre Solidarität mit den Verwundeten zu zeigen, und ich habe dabei niemand diskriminiert. Egal, auf welcher Seite sie sich befanden, sie litten aufgrund der Taten oder der Untätigkeit von Politikern.

Die Zukunft der Ukraine steht auf dem Spiel. Ich wurde in der Vergangenheit oft gefragt, ob es möglich ist, dass die Dinge sich in die falsche Richtung entwickeln. Und ich sagte, ja, es ist möglich, aber wir würden alles tun, um das Schlimmste zu verhindern. Warum ich das gesagt habe? Aus zwei Gründen.

Erstens: Die Demonstrationen begannen kurz nach dem Gipfeltreffen in Vilnius und sie wurden ignoriert. Diese Bestrebungen, diese Forderungen, diese Menschen wurden zu lange ignoriert. Und wenn man sich nicht mit diesen Leuten beschäftigt, trägt man zur Radikalisierung auf der Straße bei. Und ich frage mich, in welchem Umfang das, was jetzt geschieht, ein Produkt genau dieses Prozesses ist.

Der zweite Grund ist, dass der politische Prozess nie eine Chance hatte, das Ruder zu übernehmen. Nicht nur zum Wohle einiger weniger, sondern zum Wohle des ganzen Landes.

Ich sprach gerade am Telefon mit dem stellvertretenden Premierminister (S. Arbusow) und habe ihm gesagt, dass es ein Quell großer Besorgnis ist, die Spezialpolizei Berkut mit Kalaschnikows zu sehen. Er versicherte mir, dass er selbst und die Behörden alles tun würden, damit diese Waffen nicht zum Einsatz kämen. Um der Ukrainer willen und um der Zukunft ihres Landes willen werde ich darum beten, dass er Recht behält.« (...)

Quelle: <http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/headlines/news/2014/02/20140219_en.htm>

USA:

Äußerungen von Präsident Obama vor bilateralen Gesprächen mit dem mexikanischen Präsidenten, 19.02.14 (inoffizielle Übersetzung)

[...] Lassen Sie mich mit der Erlaubnis des Präsidenten [von Mexiko, Peña Nietos], eine letzte Sache sagen, und zwar über die Situation in der Ukraine, die offensichtlich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt gefangen nimmt.

Die Vereinigten Staaten verurteilen aufs Schärfste die Gewalt, die dort stattfindet. Und wir arbeiten mit unseren europäischen Partnern, genauso wie mit der ukrainischen Regierung und der Opposition, eng zusammen, um zu versuchen sicherzustellen, dass die Gewalt endet.

Aber für uns ist vor allem die ukrainische Regierung dafür verantwortlich, dass sie mit friedlichen Demonstranten angemessen umgeht; dass die Ukrainer die Möglichkeit haben, sich zu versammeln und frei über ihre Interessen zu sprechen, ohne Angst vor Repressionen haben zu müssen.

Und ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass wir, da wir innerhalb der nächsten Tage in der Ukraine arbeiten werden, diese sehr genau beobachten werden, und wir erwarten von der ukrainischen Regierung, dass sie Zurückhaltung zeigt und keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten einsetzt. Wie wir bereits gesagt haben, erwarten wir von friedlichen Protestierenden, dass sie friedlich bleiben. Wir werden die Situation sehr genau beobachten, und wir erkennen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und der Weltgemeinschaft an, dass Konsequenzen folgen, falls die Linie überschritten wird. Und das beinhaltet, dafür Sorge zu tragen, dass das ukrainische Militär nicht in etwaigen Problembereichen einschreitet, die von Zivilpersonen gelöst werden können.

Also werden die Vereinigten Staaten weiterhin mit allen Seiten, die am Konflikt in der Ukraine beteiligt sind, im Dialog stehen, und letztendlich ist es unser Interesse, dass das ukrainische Volk seine eigenen Wünsche ausdrücken kann. Und wir glauben, dass eine große Mehrheit der Ukrainer an einer Integration in Richtung Europa interessiert ist, und an den Handelsbeziehungen und dem kulturellen Austausch, der sich ihnen bietet, um Chancen und Wohlstand auszuweiten.

Aber unabhängig davon, wie das ukrainische Volk über seine eigene Zukunft entscheidet, ist es wichtig, dass es die Menschen selbst sind, die diese Entscheidungen treffen. Und das werden die Vereinigten Staaten weiterhin zu erreichen suchen.

Und ich denke, ein friedvoller Übergang in der Ukraine ist immer noch möglich, aber dafür muss besonders die Regierung diesen friedvollen Übergang wollen und dafür ist Voraussetzung, dass die Opposition und die Menschen auf den Straßen erkennen, dass Gewalt nicht der Weg ist, auf dem diese Situation gelöst werden wird.

Haben Sie vielen Dank.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/obama-02192014.html>>

Pressekonferenz von Präsident Obama (USA), Präsident Nieto (Mexiko), und Premierminister Harper (Kanada), 19.02.14 (inoffizielle Übersetzung)

(...) Frage: Der gemeinsame Nenner der Konflikte in der Ukraine und in Syrien ist der Rückhalt, den diese beiden Regierungen von Russland erhalten, und ich frage mich, Sir, ob Sie glauben, dass Präsident Putin eine gewisse Verantwortung für die Unnachgiebigkeit dieser beiden Regime trägt. Und: Geht das zu einem gewissen Grad über diese beiden einzelnen Länder hinaus und ist zu einem Tauziehen zwischen zwei Weltmächten geworden?

Präsident Obama: Nein, in Bezug auf Syrien und die Ukraine denke ich, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass man es in dieser Situation mit einem Land zu tun hat, das klar ein Klientelstaat Russlands ist, und mit einem anderen, dessen Regierung im Moment von Russland unterstützt wurde; in dem die Menschen offensichtlich eine ganz andere Ansicht und Vision für ihr Land haben. Und wir haben jetzt eine Menge Aufruhr dort gesehen, der organisch aus diesen Ländern selbst kam.

Ich denke nicht, dass es einen Konkurrenzkampf zwischen den Vereinigten Staaten und Russland gibt. Ich denke, das ist ein Ausdruck der Hoffnungen und Bestrebungen von Menschen innerhalb Syriens und von Menschen innerhalb der Ukraine, die erkennen, dass grundlegende Freiheiten – Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, faire und freie Wahlen, die Möglichkeit, ein Geschäft führen zu können, ohne Schmiergeld zu zahlen, aufgrund deiner Religion oder deiner Überzeugungen nicht diskriminiert zu werden –, dass das grundlegende Rechte sind, die jeder genießen möchte.

Nun, Herr Putin hat eine andere Ansicht zu vielen dieser Fragen, und ich denke, das ist kein Geheimnis. Und unsere Herangehensweise als Vereinigte Staaten ist es, die Situation nicht als eine Art Schachbrett wie im Kalten Krieg zu sehen, auf dem wir mit Russland konkurrieren. Unser Ziel ist es sicherzustellen, dass das ukrainische Volk seine eigenen Entscheidungen über seine Zukunft treffen kann, dass das syrische Volk Entscheidungen treffen kann, ohne dass Bomben losgehen und Frauen und Kinder töten oder Chemiewaffen oder dass Städte ausgehungert werden, weil ein Despot an der Macht bleiben will.

So liegen unsere Werte und nationalen Interessen und wir werden diese nationalen Interessen weiterhin ausdrücken. Es gibt Zeiten, so hoffe ich, in denen Russland erkennen wird, dass es langfristig gesehen diese Werte und Interessen auch unterstützen sollte. Im Moment gibt es Zeiten, in denen wir große Meinungsverschiedenheiten haben. Und wenn ich mit Herrn Putin spreche, bin ich sehr aufrichtig, was diese Meinungsverschiedenheiten angeht, auch wenn wir weiterhin eine Zusammenarbeit mit Russland anstreben, in Bereichen, in denen wir gemeinsame Anliegen haben.

Aber ich möchte Folgendes unterstreichen: Die Situation, die in der Ukraine entstanden ist, hat damit zu tun, ob die Ukrainer über ihr eigenes Schicksal entscheiden können. Und meine Regierung und Vizepräsident Biden und ich persönlich haben Präsident Yanukowytsch nahegelegt, die Stimmung der ukrainischen Bevölkerung anzuerkennen und damit zu arbeiten, anstatt zu versuchen, sie zu unterdrücken. Und so werden wir weiterhin an der Seite des Volkes stehen.

An diesem Punkt hoffe ich, dass ein Waffenstillstand standhält, aber Stephen hat ganz Recht – letztendlich ist die Regierung dafür verantwortlich sicherzustellen, dass wir uns in Richtung einer Art von Einheitsregierung bewegen, sogar wenn sie vorläufig ist, die es uns erlaubt, zu fairen und freien Wahlen überzugehen, so dass der Wille des ukrainischen Volkes adäquat ausgedrückt werden kann, ohne die Art von Chaos, die wir auf den Straßen gesehen haben, und ohne das Blutvergießen, das alle von uns, denke ich, scharf verurteilen.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/mexico-2192014.html>>

Die Dokumentation wurde zusammengestellt von Felix Rieffer, Kostiantyn Fedorenko, Katrin Reder-Zirkelbach, Katarina Illiushchenia und Katerina Malygina.

Twitter-Diplomatie

José Manuel Barroso (EU), 19.02.2014

 **José Manuel Barroso** ✓
@BarrosoEU

⚙️ Folge ich

Following developments in [#Ukraine](#) w/ shock & utter dismay. We expect targeted measures agreed by our [#EU MS](#) urgently ow.ly/tMOYW

Quelle: <<https://twitter.com/BarrosoEU/status/436078151157161984>>

José Manuel Barroso (EU), 25.02.2014

 **José Manuel Barroso** ✓
@BarrosoEU

⚙️ Folge ich

[#Ukraine](#): A lasting solution can only be achieved through an inclusive transitional government ow.ly/tYhKs

Quelle: <<https://twitter.com/BarrosoEU/status/438266585477033984>>

Martin Schulz (EU), 18.02.2014

 **Martin Schulz** ✓
@MartinSchulz

⚙️ Folge ich

Shocked and saddened by reported killings of [#Ukraine](#) protesters, restraint and dialogue, not [#violence](#) is the way to settle the [#crisis](#)

Quelle: <<https://twitter.com/MartinSchulz/status/435785163390205952>>

Martin Schulz (EU), 22.02.2014

 **Martin Schulz** ✓
@MartinSchulz

⚙️ Folge ich

Living historic moments in [#Kiev](#) [#Ukraine](#). Call for calm, welcome release of [#Yulia](#) [#Tymoshenko](#). Full statement: [europarl.europa.eu/the-president/...](http://europarl.europa.eu/the-president/)

Quelle: <<https://twitter.com/MartinSchulz/status/437271921177427968>>

OSZE, 18.02.2014

 **OSCE** ✓
@OSCE

⚙️ Folge ich

All possible steps must be taken to stop violence in Ukraine, says OSCE Chair ([@SwissOSCE2014](#)) osce.org/cio/111466 [#euromaidan](#)

Quelle: <<https://twitter.com/OSCE/status/435825635190001664>>

UNO in der Ukraine, 19.02.2014

 **UN in Ukraine**
@UN_Ukraine

⚙️ Folgen

The UN High Commissioner for Human Rights Navi Pillay sends urgent call for restraint after deadly clashes in Kiev un.org.ua/en/information...

Quelle: <https://twitter.com/UN_Ukraine/status/436123826905038848>

Russisches Außenministerium, 19.02.2014

 **MFA Russia** ✓
@mfa_russia

⚙️ Folge ich

Russia demands opposition leaders stop bloodshed in Ukraine and resume dialogue with authorities en.itar-tass.com/russia/719850

Quelle: <https://twitter.com/mfa_russia/status/436127488943472641>

Russisches Außenministerium, 24.02.2014

 **MFA Russia** ✓
@mfa_russia

⚙️ Folge ich

We believe that the agreement of Feb. 21 is used as a cover to promote coercive scenarios in [#Ukraine](#)

Quelle: <https://twitter.com/mfa_russia/status/437981755547459584>

Aleksej Puschkow (RU), 18.02.2014



Алексей Пушков
@Alexey_Pushkov



Байден призвал Януковича, но не радикалов к "максимальной сдержанности"! Так экстремисты в очередной раз получили сигнал поддержки от США.

Biden forderte Janukowitsch, nicht aber die Radikalen »zur größten Zurückhaltung auf«! So haben die Extremisten erneut ein Signal der Unterstützung aus den USA erhalten.

(Aleksej Puschkow ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der russischen Staatsduma)

Quelle: <https://twitter.com/Alexey_Pushkov/status/436019062834225152>

Arsenij Jazenjuk (UA), 18.02.2014



Arseniy Yatsenyuk
@Yatsenyuk_AP



Режим хоче втопити Україну в крові. Але нам відступати нікуди. Ми боронимо свою країну. Боронимо наше майбутнє.
youtu.be/dObiRbm9f1M

Das Regime will die Ukraine in Blut ertränken. Aber wir haben nicht vor uns zurückzuziehen. Wir schützen unser Land. Wir schützen unsere Zukunft.

Quelle: <https://twitter.com/Yatsenyuk_AP/status/435826759129243648>

Partei der Regionen (UA), 19.02.2014



Партия регионов
@partyofregions



Владимир ПроDIVУС: Истинная цель экстремистов от оппозиции – власть
pic.twitter.com/9L6MFjgeGe

Wladimir Prodiwus: Das wahre Ziel der Extremisten der Opposition ist die Macht

Quelle: <<https://twitter.com/partyofregions/status/436122955097968641>>

Die Dokumentation wurde zusammengestellt von Felix Riefer, Kostiantyn Fedorenko, Katrin Reder-Zirkelbach, Katarina Illiushchenia, Oleksandra Gnyr und Katerina Malygina.

Wladimir Schirinowskij (RU), 19.02.2014



Жириновский В.В.
@Zhirinovskiy



Выход: раздел Украины. Львов, Луцк, Ивано-Франковск, Тернополь – это Украина, остальное – в состав России. Иначе мрак и гражданские войны.

Ausweg: Teilung der Ukraine: Lwow, Luzk, Iwano-Frankowsk, Ternopol sind die Ukraine, der Rest – nach Russland. Ansonsten Finsternis und Bürgerkriege.

(Wladimir Schirinowskij ist Gründer und Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Russlands)

Quelle: <<https://twitter.com/Zhirinovskiy/status/436089080087347200>>

Arsenij Jazenjuk (UA), 24.02.2014



Arseniy Yatsenyuk
@Yatsenyuk_AP



Ніякої кулуарності у формуванні нового уряду. У новий уряд мають увійти представники Майдану, які виборювали перемогу
youtu.be/546G3QBb290

Keinerlei Undurchsichtigkeit bei der Bildung der neuen Regierung. Zur neuen Regierung sollten Vertreter des Maidan gehören, die für den Sieg gekämpft haben.

Quelle: <https://twitter.com/Yatsenyuk_AP/status/438254523170451456>

Partei der Regionen (UA), 23.02.2014



Партия регионов
@partyofregions



Мы осуждаем бегство и малодушие Януковича. Мы осуждаем предательство.
bit.ly/1nY6Xux

Wir verurteilen die Flucht und Feigheit Janukowitschs. Wir verurteilen den Verrat.

Quelle: <<https://twitter.com/partyofregions/status/437579749611683840>>

Die Orange Revolution 2004 und der Euromaidan 2013/2014: Gemeinsamkeiten und Unterschiede¹

Von Mykhaylo Banakh, Kiew

Zusammenfassung

Die Orange Revolution von 2004 wird in der Ukraine zurecht als ein bedeutendes historisches Ereignis angesehen. Der Euromaidan 2013/2014 wird von einigen Wissenschaftlern als ein gesellschaftliches Phänomen der gleichen Größenordnung betrachtet und analysiert. In diesem Beitrag wird versucht, die beiden Protestbewegungen miteinander zu vergleichen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Protestteilnehmern selbst gewidmet.

Einleitung

Während die Revolution in Orange nach 17 Tagen erfolgreich abgeschlossen war, brauchen die Euromaidan-Aktivisten einen längeren Atem. Die Proteste auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew dauern mittlerweile über drei Monate an. Gemeinsam sind beiden Protestbewegungen die enorme Aktivierung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die massenhafte Mobilisierung der ukrainischen Bevölkerung und eine hohe internationale Medienresonanz. Doch in der soziodemographischen Struktur der Protestierenden und ihrer Motivation werden wesentliche Unterschiede sichtbar.

Demographische Situation der Protestbewegung

Ein durchschnittlicher Euromaidan-Aktivist ist 36 Jahre alt, männlich und spricht im Alltag ukrainisch. Dieses Bild lieferte die erste Umfrage vom 7.–8.12.2013. Der Anteil der Männer unter den Protestierenden ist seitdem von 57,2 % auf 88,2 % gestiegen (vgl. Grafik 1). Die ständige Befürchtung, der Maidan könne von Sicherheitskräften angegriffen und geräumt werden, führte dazu, dass die Protestbewegung zunehmend von Männern dominiert wird. Die Rolle der Frauen darf jedoch nicht unterschätzt werden. In vielen Bereichen der Maidan-Selbstorganisation, wie etwa beim medizinischen Notdienst, ist der Frauenanteil wesentlich höher. Inzwischen wurde auch die erste Frauen-Hundertchaft der Selbstverteidigungskräfte des Maidan gebildet. Die Euromaidan-Bewegung ist auf keinen Fall reine Männersache.

War unter den Beteiligten an der Orangen Revolution 2004 noch jeder Zweite ein Jugendlicher oder junger Erwachsener, so ist 2014 nur jeder dritte Protestierende zwischen 15 und 29 Jahren. Dafür sind die Vertreter der mittleren Altersgruppe beim Euromaidan stärker repräsentiert. Der Anteil der 30- bis 54-Jährigen ist von 49 % im Dezember 2013 auf 56 % im Februar 2014 angestiegen (vgl. Grafik 2). Bei der orangefarben

nen Revolution waren nur 34,7 % der Revolutionsteilnehmer zwischen 30 und 54 Jahre alt (vgl. Tab. 1). Der Anteil der jungen (15–29 Jahre) und der reiferen (55 Jahre und älter) Euromaidan-Aktivisten ist seit Dezember zurückgegangen und betrug nach der letzten Befragung entsprechend 33,2 % und 10,8 % (vgl. Grafik 2). Gehörte 2004 nur jeder 20. Protestierende (5,6 %) der älteren Altersgruppe an, so war neun Jahre später jeder zehnte Protestteilnehmer 55 Jahre oder älter.

Verschiebung der Altersgruppen?

Zunächst ein kleiner Hinweis: Altersgruppen haben keine feste Mitgliedschaft, sondern diese verändert sich ständig – jedes Individuum wechselt gemäß der institutionalisierten Unterteilung der Lebensspannen von einer Altersgruppe zur nächsten. Personen, die vor fast zehn Jahren Studenten und junge Erwachsene waren, sind heute in der mittleren Altersgruppe zu finden. Gerade die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen war im Jahr 2004 mit 32 % sehr stark repräsentiert (vgl. Tab. 1). Heute sind diese Personen 30 Jahre und älter und gehören dementsprechend der mittleren Altersgruppe an, die eindeutig überrepräsentiert ist. Auch das Durchschnittsalter der jetzigen Protestteilnehmer von 36–37 Jahren zeugt davon, dass die Vertreter dieser Altersgruppe klar überwiegen. Hat eine Altersverschiebung der Revolutionäre stattgefunden? Das muss noch genauer untersucht werden, aber es gibt Anzeichen dafür, dass sich in der Ukraine eine bestimmte revolutionäre Generation herausgebildet hat. Diese Generation erlebte innerhalb von weniger als zehn Jahren zwei große Protestbewegungen und beteiligte sich aktiv daran. Auch die Verdoppelung der Anteile der älteren Altersgruppe zeugt von einer Altersverschiebung der zivilgesellschaftlich aktiven Bürger. Aber wie macht sich diese Verschiebung beim sozialen Status bemerkbar?

Sozialer Status

Im Jahr 2004 waren etwa 30,2 % der befragten Revolutionsteilnehmer Schüler, Studenten, Doktoranden und Auszubildende. Diese sozialen Gruppen waren eindeutig

¹ Anm. d. Red.: Der vorliegende Text spiegelt den Stand vom 18.02.2014 wider.

die treibende Kraft der Orangen Revolution. Der Euromaidan 2013 war jedoch nur bis zum 30.11.2013 von der studentischen Jugend geprägt. Nachdem die Studenten von der Polizei-Sondereinheit Berkut brutal zusammengeschlagen und vom Unabhängigkeitsplatz verjagt wurden, ist die Protestbewegung generationsübergreifend geworden. Der Anteil der Studenten beträgt im Februar nur noch 6,2%, Anfang Dezember lag dieser Wert noch bei 13,2% (vgl. Tab. 2). In der sozialen Struktur überwiegen gut situierte Bürger: Leitende Manager auf unterschiedlichen Ebenen, Facharbeiter, Geschäftsleute und Beamte machen über 50% aus. Beachtlich ist, dass der Anteil der Unternehmer unter den Protestierenden kontinuierlich angestiegen ist, von 9,3% auf 17,4% (vgl. ebd.). Im Jahr 2004 machten die Klein- und Individualunternehmer sowie Unternehmer der mittleren und größeren Kategorie nur 5,6% aus (vgl. Tab. 3). Der Anteil der Unternehmer und Geschäftsleute hat sich also fast verdreifacht.

Engagement von Unternehmern und Angehörigen der Mittelschicht

Bei der Orangen Revolution waren unter den Protestierenden vor allem Berufsgruppen vertreten, die der Mittelschicht zugeordnet werden können (vgl. ebd.). Kleinunternehmer, Inhaber von Kliniken, Geschäften und Cafés engagierten sich im Jahr 2004 überwiegend im Hintergrund. Im Jahr 2014 unterstützen Unternehmer und Geschäftsleute logistisch, mit Geld, Dienstleistungen und eigenen Waren (kleine und mittlere Unternehmen werden von Experten als Hauptsponsoren der Euromaidan-Bewegung angesehen), sie mischen sich aber auch zunehmend unter die Demonstranten: Sie wirken beim Bau von Barrikaden mit, reinigen die Straßen vom Schnee, kochen Tee etc. Nun gehören zur Mittelschicht nicht nur mit hohem ökonomischem Kapital ausgestattete Personen wie Selbständige, Unternehmer oder freiberuflich Tätige, sondern auch soziale Gruppen, die sich wie Akademiker, Ingenieure oder Facharbeiter durch hohes Humankapital auszeichnen. Berücksichtigt man die Bildung, so sind Personen mit Hochschulabschluss mit 43,1% überrepräsentiert. In der Anfangsphase der Euromaidan-Bewegung waren es sogar 62,7%, also fast zwei von drei Protestierenden (vgl. Grafik 3). Der hohe Anteil der gebildeten Demonstranten lässt darauf schließen, dass das überdurchschnittlich hohe zivilgesellschaftliche Engagement der Studenten im Jahre 2004 in ein Engagement der Akademiker von 2013/2014 umschlug. Dies spricht auch für die Annahme, in der Ukraine habe sich eine Generation der Revolutionäre herausgebildet.

Beweggründe der Demonstranten

Ein klarer Auslöser für die Euromaidan-Bewegung war die Weigerung von Janukowytsch, das Assoziierungs-

abkommen mit der EU zu unterschreiben. Nach dem 30. November rücken andere Motive in den Vordergrund: Gewaltanwendung und Repressionen durch die Machthaber sind mit 61,3% inzwischen der Hauptgrund, warum ukrainische Bürger auf die Straße (den Maidan) gegangen sind, um zu protestieren. Die Bestrebung, das Leben in der Ukraine zu verändern, war für jeden zweiten Protestierenden die Motivation (51,1%), wobei dieser Wert im Dezember 2013 noch 36,2% betrug (vgl. Tab. 4). Wichtige Beweggründe bleiben auch die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU (47,0; 20.12.2013 – 40%), und der Wunsch, zum Machtwechsel in der Ukraine beizutragen (45,6; 20.12.2013 – 38,9%). Unter den jetzigen Protestierenden ist die Befürchtung, die Ukraine könne der Zollunion beitreten, größer geworden. Der entsprechende Wert stieg von 14,4% auf 20%.

Bei der Orangen Revolution von 2004 wurden über 80% der Protestierenden durch Wahlfälschungen mobilisiert (vgl. Tab. 5). Zwei von dreien gingen im Jahr 2004 für freie Wahlen auf die Straße. Viele hatten zwar auch genug von »Lug und Trug« (57,2%), aber hauptsächlich ging es um eine demokratische, also freie und faire Präsidentschaftswahl.

Wie auch bei der Orangen Revolution reicht es nicht, eine politische Elite durch eine andere zu ersetzen. Auch heute müsste eine Verteilung der Macht auf mehrere Kräfte stattfinden, es wird daher auch die Rückkehr zur Verfassung von 2004 verlangt. Gemeinsam ist den beiden Protestbewegungen die Herausforderung, den autoritären Tendenzen der Macht entgegenzuwirken und die Etablierung einer Diktatur zu verhindern.

Institutionelle Einbindung der Protestierenden

Bei der Orangen Revolution hatten zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige, wenn auch nicht entscheidende Rolle gespielt. Damals waren Internet und moderne Kommunikationsmittel noch nicht so verbreitet, nichtstaatliche Organisationen und Bewegungen wie Pora und ihre Aktivitäten waren unentbehrlich. Es stellt sich die Frage, welche Rolle die formalen zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Massenmobilisierung 2013/2014 spielen. Während Anfang Dezember neun von zehn Protestierenden auf eigene Faust nach Kiew gekommen waren, waren es Anfang Februar etwa 83,5% (vgl. Grafik 4). In der Anfangsphase der Protestbewegung haben politische Parteien (1,8%) und zivilgesellschaftliche Organisationen (6,3%) nur geringfügig zur Massenmobilisierung beigetragen. Am 3. Februar 2014 gaben 3% der angereisten Demonstranten an, ihr Kommen sei von einer der politischen Parteien organisiert worden. Bei den zivilgesellschaft-

lichen Organisationen und Bewegungen ist der Wert auf 13,3% gestiegen.

Leichte Tendenz zur Institutionalisierung des Engagements

Das zivilgesellschaftliche Engagement im nichtinstitutionalisierten Bereich zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es spontan und selten in einem organisierten Rahmen stattfindet. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird häufig eine weitere Bezeichnung für diese Art des Engagements verwendet: gebunden oder ungebunden. Unter gebundenem Engagement wird hier ein Engagement verstanden, das innerhalb mehr oder weniger fest gefügter Organisationskontexte nach den formalen Regeln der entsprechenden Organisation abläuft. Das ungebundene Engagement findet dagegen im Kontext informeller Netzwerke und nicht-institutionalisierter Gruppen statt. Damit ist nicht nur die Teilnahme an freiwilligen öffentlichen Aktionen wie etwa Petitionen, Demonstrationen, Boykottmaßnahmen und Streiks gemeint, sondern auch das zeitlich begrenzte Engagement für Bürger- und Stadtteilinitiativen, Projekte und Organisationskomitees, das von einigen Wissenschaftlern als temporäre Organisiertheit bezeichnet wird. Nun stellt sich die Frage, ob das beispielhafte Engagement der ukrainischen Bürger ebenfalls nur als temporäre Organisiertheit angesehen werden kann. Für eine länger andauernde Organisiertheit müssten sich die Bürger an eine Organisation binden und sich als ordentliche Mitglieder innerhalb dieser freiwilligen Bürgervereinigung auch weiterhin engagieren. Wie viele Protestierende gehören aber einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder Bewegung an? Während Anfang Dezember nur 3,5% der Protestierenden Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen waren, so beträgt der Wert unter den jetzigen Maidan-Aktivisten bereits 8,4%. Der Anteil der Engagierten, die sich einer gesellschaftlichen Bewegung angeschlossen haben, ist von 1,2% Anfang Dezember auf 14,2% Anfang Februar gestiegen (vgl. Grafik 5). Dieser starke Zuwachs zeugt unter anderem von der institutionellen Einbindung der Protestierenden, die vor Ort, also unmittelbar auf dem Maidan stattfindet. Während am Anfang der Proteste 91,8% der Aktivisten auf keine Weise in die Arbeit von Organisationen und Bewegungen eingebunden waren, so beträgt der Anteil dieser Personen heute nur noch 69,9%. Drei von zehn Protestierenden sind Mitglied einer Partei, einer Organisation oder einer sozialen Bewegung.

Die Bürger, die auf eigene Faust nach Kiew fahren, kommen selten alleine. Es werden häufig Fahrgemeinschaften organisiert und die Protestierenden kommen in Gruppen: mit Verwandten, Bekannten,

Kollegen und Freunden. In der Tat wurde unter den Beweggründen auch folgender angegeben: »Solidarität mit Freunden, Kollegen, Verwandten, die ebenfalls auf dem Maidan protestieren.« Diese Verbundenheit mit unmittelbar bekannten Menschen wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur als Nahraumsolidarität bezeichnet. Die Kontaktpflege in Verwandtschafts- und Freundschaftsnetzwerken hat auf dem Maidan mit der Zeit abgenommen. Anfang Dezember waren es 6,2%, die sich solidarisch mit Freunden, Kollegen und Verwandten fühlten und deswegen mit auf die Straße gingen, heute sind es nur noch 3,7%. Diese Abnahme spricht für eine Lockerung der Verwandtschafts- und Freundschaftsnetzwerke auf dem Maidan. Gleichzeitig wird eine zunehmende Institutionalisierung des Engagements festgestellt. Die Nahraumsolidarität wird zur Fernraumsolidarität (Engagement für den sozialen Fernraum).

Radikalisierung des Euromaidan?

Lange Zeit galten die Ukrainer als friedliches Volk. In der Tat verliefen alle bisherigen Proteste und Revolutionen seit der großen politischen Wende 1989 friedlich und ohne Blutvergießen. Auch die Orange Revolution 2004 zeichnete sich durch Gewaltverzicht, Toleranz und gegenseitigen Respekt aus. Bei der Euromaidan-Bewegung 2013/2014 gibt es bereits Opfer. Die Gewaltanwendung durch die Staatsorgane löste den Massenprotest aus und die Weigerung der Staatsmacht, einen Dialog mit den Demonstranten zu führen, ließ die Radikalisierung auf dem Maidan ansteigen. Dafür spricht auch die abnehmende Verhandlungsbereitschaft. Während sich Anfang Dezember noch jeder zweite Maidan-Aktivist für Verhandlungen ausgesprochen hatte, waren es am 20. Dezember nur noch 45,3% und Anfang Februar nur noch 27,4%. Und 63,1%, also fast zwei von drei Protestierenden, waren klar gegen Verhandlungen mit den Machthabern (vgl. Grafik 6). Die Grundstimmung der Demonstranten schlug im Januar um, im Dezember lehnten nämlich nur 41,5 bis 46,6% die Verhandlungen ab. Etwa jeder zehnte Befragte war unschlüssig und konnte diese Frage nicht beantworten. Die Frage, wie der Maidan auf das Amnestie-Gesetz reagieren sollte, beantworteten die meisten Maidan-Aktivisten negativ. 82,7% der Befragten wollten keine Bedingungen erfüllen und forderten die Freilassung der inhaftierten Protestteilnehmer ohne jegliche Bedingungen. Nur 3,9% waren für das Gesetz (vgl. Tab. 6). Dies zeugt einerseits von zunehmender Radikalisierung, Andererseits wurde am 16. Februar das Kiewer Rathaus geräumt und die Durchfahrt durch die Hruschewskij-Straße ermöglicht. Das Amnestie-Gesetz trat am 17. Februar in Kraft.

Fazit und Ausblick

Der Euromaidan hat ein anderes soziodemographisches Gesicht als die Orange Revolution. Männer sind stärker vertreten als Frauen, Angehörige der mittleren Altersgruppen sind zahlreicher als junge und alte, Personen mit einem Hochschulabschluss, einer qualifizierten Schulbildung und einem hohen Einkommen sind – gemessen am Anteil dieser Gruppen an der Gesamtbevölkerung – überrepräsentiert.

Im Jahr 2014 geht es den Protestierenden nicht um einen formalen Machtwechsel. Durch den Massenpro-

test wird ein grundlegender Systemwechsel angestrebt. Obwohl der tatsächliche Organisationsgrad der Maidan-Aktivisten höher ausfallen dürfte als angegeben, steht die ukrainische Zivilgesellschaft vor der Herausforderung, Energie und Tatendrang der aktiven Bürger, die in keinerlei formalen Organisationen eingebunden sind, und die Aktivitäten der nichtinstitutionalisierten Gruppen aufzufangen und in einen organisierten, institutionalisierten Rahmen zu leiten.

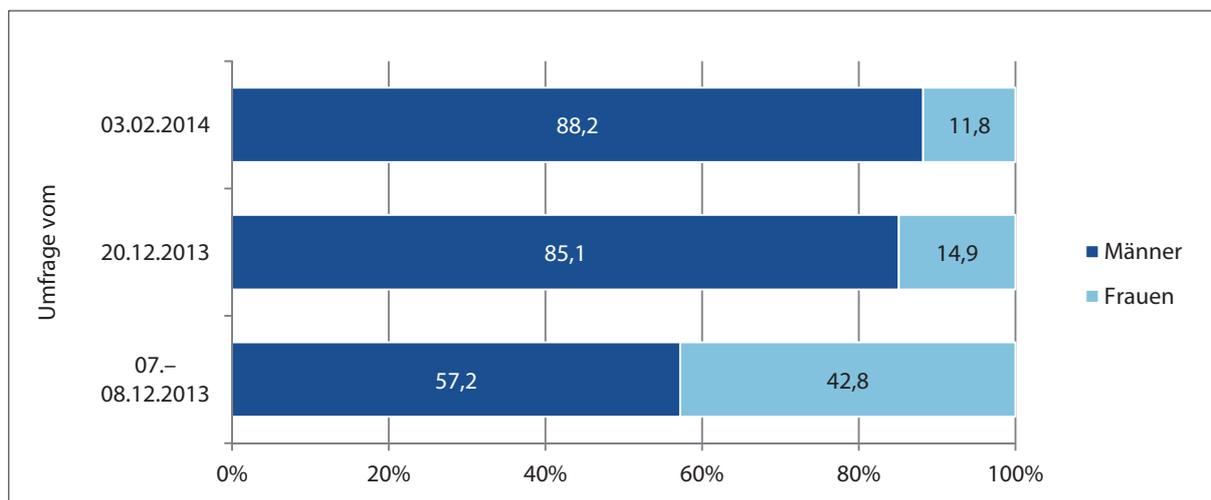
Über den Autor:

Mykhaylo Banakh ist Dipl.-Lehrer für Deutsch sowie Dipl.-Caritaswissenschaftler und promovierte in Soziologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er war Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist seit September 2012 für die Europäische Austausch gGmbH Projektmanager der deutsch-ukrainischen »Kiewer Gespräche« mit Sitz an der International Renaissance Foundation Kiew.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

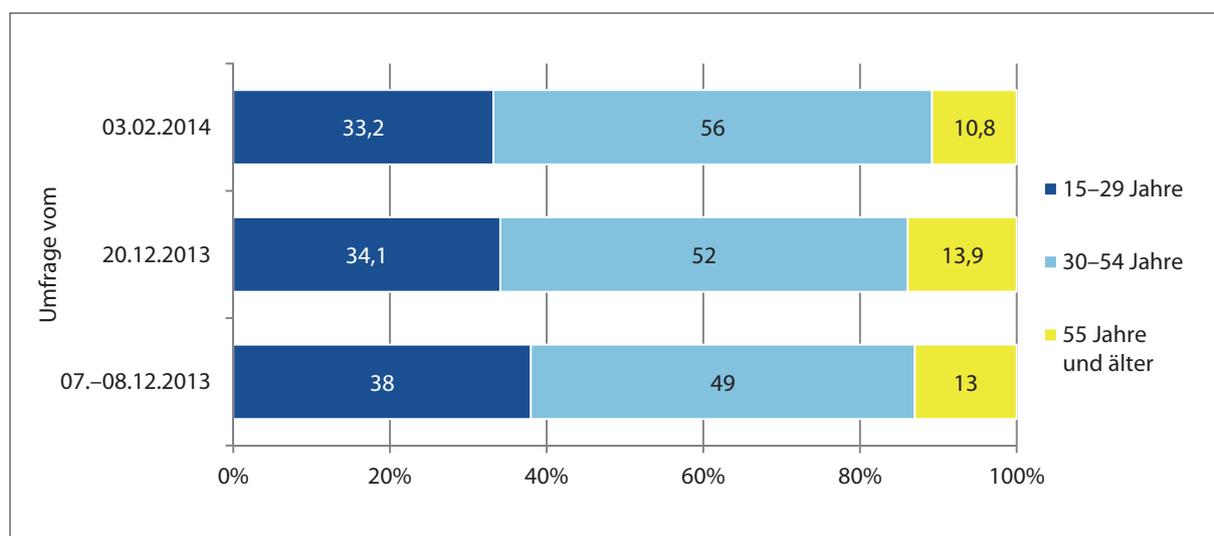
Die Protestierenden auf dem Maidan: 2004 und 2013/2014 im Vergleich

Grafik 1: Geschlecht der Protestierenden auf dem Euromaidan 2013/2014



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Grafik 2: Alter der Protestierenden auf dem Euromaidan 2013/2014



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Tabelle 1: Alter der Revolutionsteilnehmer 2004 (in %)

Alter	Aktivitätsgrad			
	Personen	Aktivisten	Sympathisanten	Beobachter
	1029	228	553	248
13–19	12,8	12,7	13,9	10,5
20–24	32	32,9	31,3	32,7
25–29	13	10,1	12,7	16,5
30–34	8,9	8,3	9,6	8,1
35–39	7,6	7,9	8,3	5,6
40–44	8,2	9,2	6,9	10,1
45–49	6,3	5,3	7,1	5,6
50–54	3,7	5,7	3,1	3,2
Älter als 54	5,6	5,7	5,1	6,9
Keine Antwort	1,8	2,2	2,2	0,8

Quelle: Bredies, I. (2005): Eine neue Parlamentskultur als Bedingungsfaktor der Orangen Revolution? Charakteristik der parlamentarischen Elite. In: Ders. (Hrsg.), Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine: Wechsel des Eliteregimes oder Triumph des Parlamentarismus? Stuttgart, 115–187

Tabelle 2: Beruf und sozialer Status der Protestierenden 2013/2014 (in %)

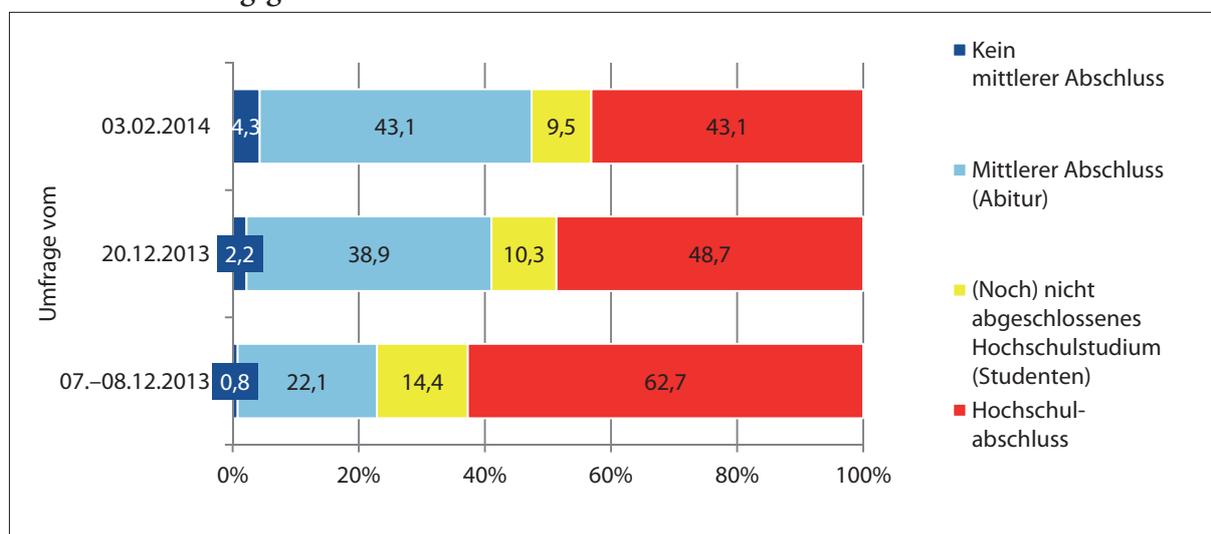
Umfrage vom	07.–08.12.2013	20.12.2013	03.02.2014
Leiter (stellvertretender Leiter) eines Betriebes, einer Einrichtung, einer Abteilung	8,0	4,2	4,5
Facharbeiter (mit Hochschulabschluss oder mittlerem Fachabschluss)	39,5	21,7	26,7
Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, Soldat	1,4	2,7	3,0
Unternehmer (Geschäftsmann)	9,3	12,3	17,4
Beamter (ohne spezielle Ausbildung)	2,4	2,0	4,2
Arbeiter	6,7	14,4	15,2
Arbeiter im Agrarbereich, Farmbetreiber	0,6	1,9	2,9
Schüler	0,4	1,1	-
Student	13,2	10,1	6,2
nicht arbeitender Rentner	9,4	11,2	7,4
Hausfrau	1,5	0,1	0,3
keine ständige Arbeitsstelle, übernehme gelegentlich Tagesjobs	3,1	8,5	4,5
vorübergehend arbeitslos	2,4	7,7	8,5
Sonstiges	2,3	2,1	0,2

Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Tabelle 3: Angehörige der Mittelschicht und ihre Beteiligung an der Orangen Revolution (in %)

Beruf	Aktivitätsgrad			
	Personen	Aktivisten	Sympathisanten	Beobachter
Spezialist, naturwissenschaftliche und technische Orientierung	7,6	8,8	7,8	6,1
Spezialist aus Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Ausbildung und Erziehung	22,3	21,9	22,4	22,3
Unternehmer mittlerer oder größerer Kategorie	1,8	2,6	1,3	2,4
Klein- und Individualunternehmer	2,3	2,6	1,8	3,2
Qualifizierter Facharbeiter	12,5	12,3	12,3	13,4
Landwirt, Farmbetreiber	0,3	0,4	0,4	0
Gesamt	46,8	48,6	46,0	47,4

Quelle: Bredies, I. (2005): Eine neue Parlamentskultur als Bedingungsfaktor der Orangen Revolution? Charakteristik der parlamentarischen Elite. In: Ders. (Hrsg.), Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine: Wechsel des Eliteregimes oder Triumph des Parlamentarismus? Stuttgart, 115–187.

Grafik 3: Bildungsgrad der Euromaidan-Aktivisten

Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Tabelle 4: Beweggründe der Euromaidan-Aktivisten (in %, Mehrfachnennungen waren möglich)

Umfrage vom	07.–08.12.2013	20.12.2013	03.02.2014
Janukowytschs Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens	53,5	40,0	47,0
Repressionen der Regierung gegen die Protestierenden	69,6	69,0	61,3
Bestrebung, zum Machtwechsel beizutragen	39,1	38,9	45,6
Wunsch, das Leben in der Ukraine zu verändern	49,9	36,2	51,1
Gefahr, dass die Ukraine der Zollunion beitrifft und sich Russland annähert	16,9	14,4	20,0
Rückzug der Demokratie, Gefahr der Etablierung einer Diktatur	18,9	13,7	17,5

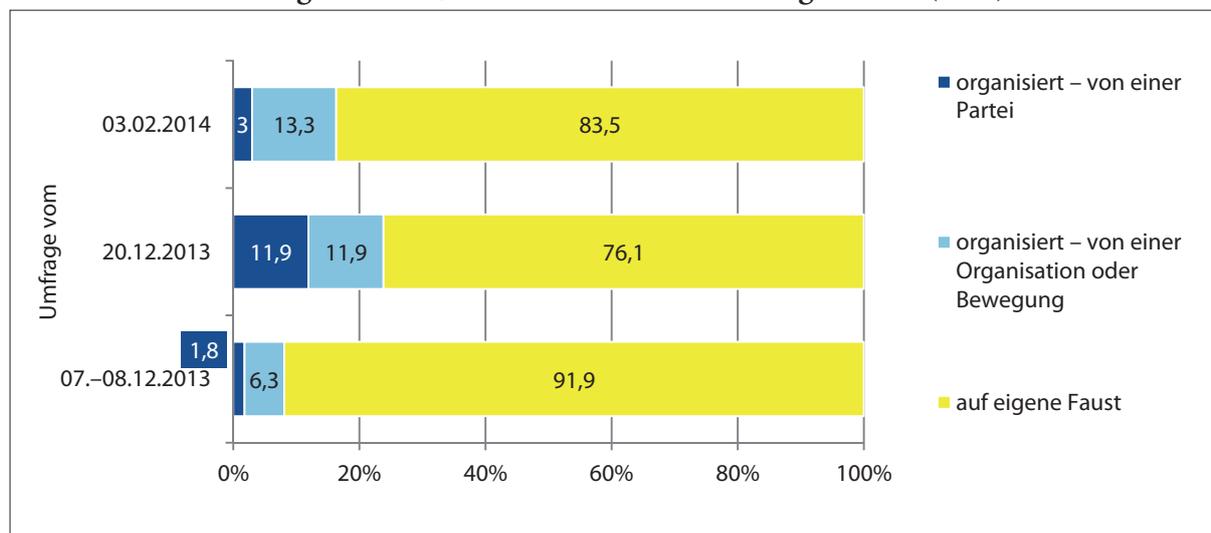
Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Tabelle 5: Motivation der Revolutionsteilnehmer 2004 (in %, Mehrfachnennungen waren möglich)

Motivation	Aktivitätsgrad			
	Personen	Aktivisten	Sympathisanten	Beobachter
	1029	228	553	248
Durch Wahlfälschung aufgebracht (in %)	80,2	81,6	84,1	70,2
Für Demokratie	54,1	68,4	57,3	33,9
Für freies Wahlrecht	65,1	70,6	63,5	63,7
Genug von Lug und Trug	57,2	63,2	59	48
Historischer Moment für die Ukraine	56,4	53,9	55,7	60,1

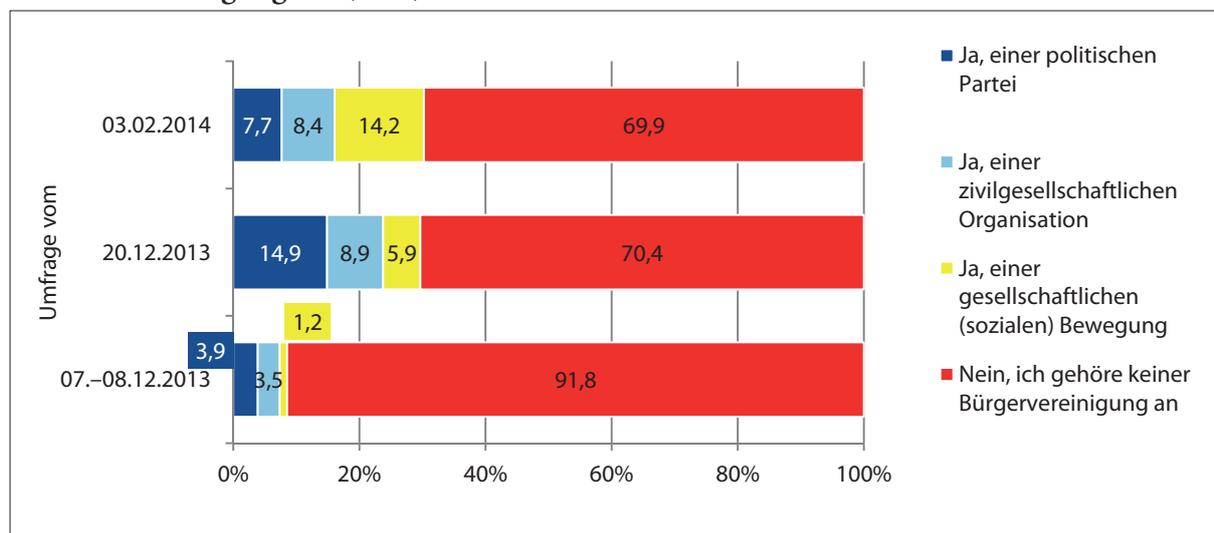
Quelle: Bredies, I. (2005): *Eine neue Parlamentskultur als Bedingungsfaktor der Orangen Revolution? Charakteristik der parlamentarischen Elite*. In: Ders. (Hrsg.), *Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine: Wechsel des Eliteregimes oder Triumph des Parlamentarismus?* Stuttgart, 115-187.

Grafik 4: Falls Sie angereist sind, wie wurde Ihr Kommen organisiert? (in %)



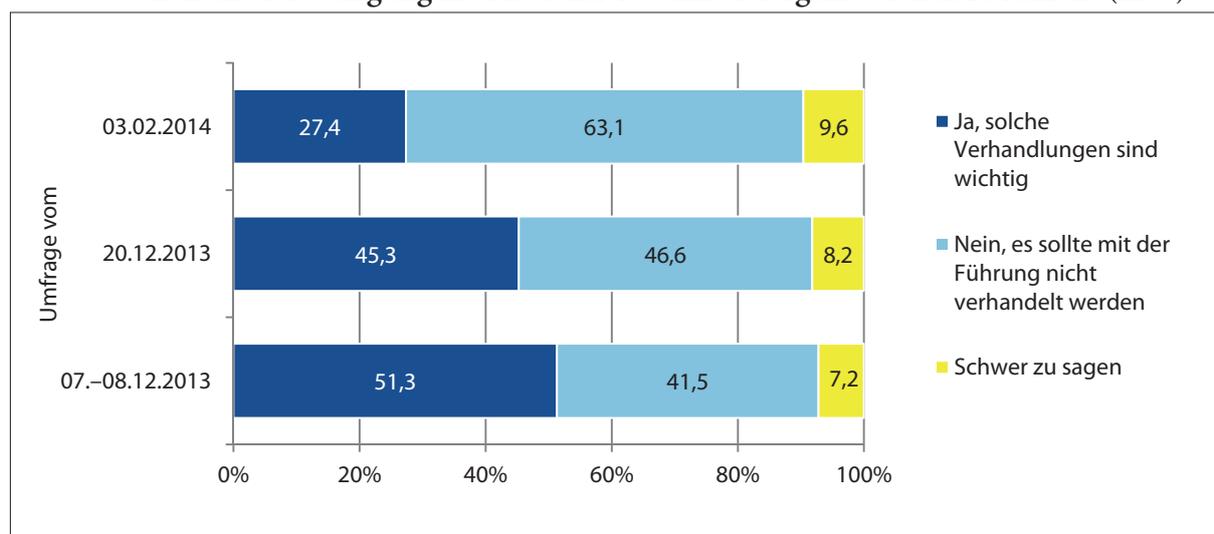
Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Grafik 5: Gehören Sie einer politischen Partei, einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder Bewegung an? (in %)



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Grafik 6: Sind Sie einverstanden mit dem Vorschlag, Verhandlungen am Runden Tisch zwischen Machthabern, Opposition und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen unter Beteiligung internationaler Vermittlerorganisationen zu führen? (in %)



Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

Tabelle 6: Wie sollte Ihrer Meinung nach der Maidan auf das Amnestie-Gesetz, welches nach der Räumung der Verwaltungsgebäude und der Ermöglichung des Verkehrs durch die Hruschewskij-Straße in Kraft treten würde, reagieren? (in %)

Umfrage vom	03.02.2014
Um die Freilassung der Häftlinge zu erreichen, müssen das Kiewer Rathaus geräumt und der Verkehr durch die Hruschewskij-Straße ermöglicht werden	3,9
Ablehnung aller Bedingungen, die für die Freilassung der Inhaftierten erfüllt werden sollen, und Forderung der Freilassung ohne jegliche Bedingungen	82,7
Schwer, sich eindeutig zu entscheiden	10,2
Ich weiß wenig über dieses Amnestie-Gesetz und über die Bedingungen zur Freilassung der inhaftierten Protestteilnehmer	3,2

Quelle: Umfragen des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Kiewer Internationalen Institut, KMIS. Am 7.–8. Dezember 2013 wurden insgesamt 1037 Demonstrationsteilnehmer auf dem Maidan befragt (Zufallsstichprobe). Am 20. Dezember 2013 und am 3. Februar 2014 wurden dementsprechend 515 und 502 Teilnehmer befragt (die Stichproben umfassen alle befestigten Stützpunkte der Demonstrierenden auf dem Maidan).

10. – 23. Februar 2014

10.02.2014	Der russische Finanzminister Anton Siluanow erklärt, dass der Ukraine die zweite Rate des versprochenen Kredits erst bei vollständiger Rückzahlung ihrer Gasschulden in Höhe von 2,6 Milliarden US-Dollar ausgezahlt werde.
10.02.2014	Die EU erwägt zurzeit keine Sanktionen gegen die Ukraine. Dies erklärt der litauische Außenminister Linas Linkevicius nach einer Sitzung des Rates der EU-Außenminister.
10.02.2014	Der Menschenrechtskommissar des Europarates Neil Miuznieks weist den ukrainischen Innenminister Witalij Sachartschenko darauf hin, dass die Auslagerung polizeilicher Aufgaben an »dritte Kräfte« nicht zulässig sei. Damit sind so genannte »Tituschki« gemeint, Banden von Sportlern, die Berichten zufolge im Auftrag der Regierung handeln und Aktivisten entführen und zusammenschlagen.
10.02.2014	Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton spricht in einer Pressekonferenz davon, dass ein mögliches Assoziierungsabkommen »nicht das Ende« der Beziehungen zur Ukraine darstelle. Damit spielt sie indirekt auf einen in der Zukunft denkbaren Beitritt der Ukraine zur EU an.
11.02.2014	Ehemalige und aktuelle Politiker – darunter der ehemalige Präsident Leonid Kutschma, der ehemalige Innenminister und jetzige Oppositionsaktivist Jurij Luzenko und der UDAR-Parteichef Witalij Klitschko – sprechen sich für eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 aus, in der der Präsident über erheblich geringere Rechte verfügt. Auch das von den Protestierenden eingerichtete oppositionelle Parlament spricht sich für eine Rückkehr zur alten Verfassung aus. Der Abgeordnete der Oppositionspartei Vaterland, Anatolij Hryzenko, der nach der Verabschiedung der hart umkämpften Gesetze vom 16. Januar sein Mandat aus Protest niedergelegt hatte, erklärt dagegen, dass eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 allein die Probleme nicht lösen werde, da sie zu einer politischen Blockade zwischen Präsident und Parlament führen könne.
11.02.2014	In den USA verabschiedet der Kongress eine Resolution, in der für den Fall weiterer Gewalt gegen Demonstranten Sanktionen angedroht werden. Beide Seiten werden zur friedlichen Lösung des Konflikts aufgefordert.
11.02.2014	Radoslaw Sikorski, polnischer Außenminister, verspricht der Ukraine weitreichende finanzielle Unterstützung durch EU und IWF, sollte die Ukraine zu weitgehenden wirtschaftlichen Reformen bereit sein.
11.02.2014	Michail Witjas, Staatsanwalt der Kiewer Region, stellt für die inhaftierten Aktivisten des »Automaidan« eine Freilassung im Rahmen des Amnestiegesetzes in Aussicht, unter der Bedingung, dass alle besetzten Straßen und öffentlichen Gebäude freigegeben werden.
11.02.2014	Nikolaj Lewtschenko, Abgeordneter der Partei der Regionen, beschuldigt die so genannten »Oligarchen« Ihor Kolomojskij, Wiktor Pintschuk, Dmytro Firtasch und Petro Poroshenko, die allesamt im Besitz von Fernsehsendern sind, der oppositionellen Agitation.
12.02.2014	Laut Medienberichten enthebt ein Kiewer Gericht den ehemaligen Leiter der Kiewer Stadtverwaltung, Oleksandr Popow, und den ehemaligen stellvertretenden Leiter des nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Wolodymyr Siwkowych, im Rahmen des Amnestiegesetzes von den Vorwürfen der Anordnung unverhältnismäßiger Gewalt gegen die friedlichen Demonstranten auf dem Maidan am 30. November vergangenen Jahres.
12.02.2014	Hennadij Moskal, Abgeordneter der Oppositionspartei Vaterland, übergibt dem Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka Materialien zu gewaltsamen Übergriffen auf 124 Journalisten.
12.02.2014	Die Partei UDAR ruft die Kiewer Bürger für den kommenden Donnerstag zu einem übergreifenden Warnstreik auf.
12.02.2014	Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak von der Partei der Regionen verweigert weiterhin seine Unterschrift unter den Antrag auf Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung des Gewalteinsetzes gegen Demonstranten während der Proteste der vergangenen Monate.

12.02.2014	Die Staatsanwaltschaft gibt bekannt, dass keiner der wegen des Gewalteinsetzes der Polizei am 30. November vergangenen Jahres Angeklagten einen Prozess befürchten muss. Auch für sie greift das erste beschlossene Amnestiegesetz.
13.02.2014	Auf dem Maidan werden neue Barrikaden aus Müll und Sandsäcken errichtet, da die aus Schnee aufgehäuften Wälle im nun wärmeren Wetter schmelzen.
13.02.2014	In einem Gerichtsverfahren gegen einen der Teilnahme an Massenunruhen verdächtigten Demonstranten taucht ein Dokument auf, das einen der vernommenen Zeugen, einen Angehörigen der Spezialeinheit Berkut, als Scharfschützen ausweist.
13.02.2014	Walerij Korjak, der für die erste gewaltsame Auflösung einer Demonstration auf dem Maidan Ende November vergangenen Jahres mitverantwortlich gemacht wird und aus diesem Grund seinen Posten als Polizeichef der Stadt räumen musste, könnte wieder auf seinen Posten zurückkehren, da auch er durch das Amnestiegesetz von der Anklage befreit wurde.
13.02.2014	In mehreren ukrainischen Städten wird ein Warnstreik abgehalten. In der staatlichen Behörde für Arbeitsfragen erklärt man, der Streik sei nicht bemerkt worden.
13.02.2014	Die Staatsanwaltschaft nennt Straßen und Plätze, darunter mit dem Maidan der Unabhängigkeit und der Hruschewskij-Straße die Hauptschauplätze der Proteste, die bis zum 17. Februar geräumt werden müssen, wenn weitere inhaftierte Protestteilnehmer vom Amnestiegesetz profitieren sollen. Die Organisatoren der Blockaden nennen die Erklärung eine Provokation, da sie selbst dem Gesetz vom 29. Januar widerspreche.
14.02.2014	Bei Anatolij Hilewytch, Organisator des Automaidan, wird eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Zuvor hatte man ihm schon für drei Monate den Führerschein entzogen.
14.02.2014	Der russische Außenminister Lawrow hält eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier ab. Beide sind sich rhetorisch einig, dass es in der Ukraine keine Einmischung von außen geben dürfe. Lawrow bezichtigt die EU und die USA jedoch der Einmischung in ukrainische Angelegenheiten und der Unehrllichkeit.
14.02.2014	Der Letzte der inhaftierten Demonstranten kommt auf freien Fuß. Viele stehen jedoch unter Hausarrest. Die Anklagen bestehen weiterhin. Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka verspricht, sie aufzuheben, wenn die Demonstranten die besetzten Straßen räumen. Die Selbstverteidigungseinheiten stellen der Staatsanwaltschaft ihrerseits ein Ultimatum bis zum 17. Februar, um die Fälle zu schließen, erklärt der »Kommandant des Maidan«, Andrij Parubij. Die Organisatoren bieten an, das besetzte Gebäude des Kiewer Stadtrates freizugeben und die Hruschewskij-Straße »teilweise« zu räumen.
14.02.2014	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko bietet an, mit Präsident Janukowytch Möglichkeiten seines straffreien Rücktritts zu besprechen.
14.02.2014	Der Unternehmer und aktive Teilnehmer am lokalen Automaidan in Saporischschja, Serhij Seneki, wird tot in seinem verbrannten Auto aufgefunden. Das Innenministerium erklärt, es handle sich möglicherweise um Selbstmord wegen Überschuldung.
15.02.2014	EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso schließt die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU nicht kategorisch aus, erklärt jedoch, dass man zurzeit nicht bereit sei, darüber zu reden.
15.02.2014	Entgegen der Forderung der Staatsanwaltschaft erklärt der Fraktionsvorsitzende der Vaterlands-Partei und Mitankführer der neu gegründeten oppositionellen Allianz »Maidan«, Arsenij Jazenjuk, dass man den Maidan nicht räumen werde.
15.02.2014	Verantwortliche im Fußballklub Schachter Donezk des Unternehmers und Abgeordneten der Partei der Regionen Rinat Achmetow erklären, dass man hart gegen Fans vorgehen werde, die sich im Kontext des Fußballvereins zu einer der beiden Seiten des Konflikts bekennen. Man wolle keine Politik betreiben, heißt es.
15.02.2014	Auf der Hruschewskij-Straße beginnen die Abbauarbeiten der Barrikaden. Die Protestierenden hatten dies zuvor als Kompromisshandlung angekündigt. Bis zum Morgen sollen das Gebäude der Stadtverwaltung und vier weitere besetzte Gebäude freigegeben werden. Auch in den Regionen verlassen Demonstranten besetzte Gebäude.

16.02.2014	Mit der Räumung einiger Gebäude und dem Beginn des Abbaus der Barrikaden hält die Opposition ihre Auflagen für erfüllt und erwartet von der Staatsanwaltschaft die Aufhebung der schwebenden Verfahren. Sie drohen, andernfalls das Gebäude der Stadtverwaltung erneut zu besetzen, und organisieren eine Kundgebung bei Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka.
16.02.2014	Der Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka erklärt, dass es nun keine Hindernisse für das Amnestiegesetz mehr gebe und es am 17. Februar in Kraft treten könne. Im Laufe eines Monats würden nun 108 Verfahren gegen insgesamt 268 Personen eingestellt.
16.02.2014	Der Fraktionsvorsitzende der Partei Freiheit und Mitänführer der neu gegründeten oppositionellen Allianz »Maidan«, Oleh Tjahnybok, kündigt eine Demonstration am Morgen des 18. Februar am Parlamentsgebäude an, um für die Wiederherstellung der Verfassung von 2004 zu demonstrieren.
16.02.2014	Der Oppositionspolitiker und Fraktionschef der Partei Vaterland, Arsenij Jazenjuk, lehnt erneut das Angebot Wiktor Janukowytschs ab, Ministerpräsident einer neuen Regierung zu werden. Er erklärt stattdessen bei einer Demonstration auf dem Maidan, dass die drei Oppositionsführer und die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko einstimmig beschlossen hätten, eine oppositionelle Regierung zu bilden.
17.02.2014	In der Nacht wird das geräumte Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung erneut von zwei Brigaden der Selbstverteidigungstruppen angegriffen, denen es jedoch nicht gelingt, es einzunehmen. Am Morgen wird eine Kontrolle am Eingang eingerichtet.
17.02.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel empfängt zwei der drei Oppositionsführer, Witalij Klitschko und Arsenij Jazenjuk, in Berlin. Klitschko ruft die Kanzlerin dazu auf, Wiktor Janukowytsch und seinen Unterstützern durch Sanktionen die Möglichkeiten der Geldwäsche in Europa zu nehmen. Nach ihrer Rückkehr erklären die beiden, Merkel habe finanzielle Unterstützung aus dem Westen für eine neue, auf demokratischem Wege zustande gekommene Regierung zugesagt. Philipp Mißfelder, Beauftragter der CDU/CSU-Fraktion für transatlantische Fragen, erklärt, man halte sowohl zur Opposition als auch zur Regierung Kontakt, um »Schlimmeres zu verhindern«.
17.02.2014	Oleh Salo, Gouverneur der Region Lwiw, der unter dem Druck der Demonstranten eine Rücktrittserklärung unterschrieben hatte, kehrt an seinen Arbeitsplatz zurück. Die Protestierenden hatten das Gebäude verlassen und die Barrikaden abgebaut.
17.02.2014	Journalisten des Magazins »Tyschden« (Woche) finden unter den Organisationen, die vorgeblich für die Regierung mobilisieren, mehrere Gruppen, die nur auf dem Papier existieren.
17.02.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch erklärt die Verhandlungen mit der Opposition über die Besetzung des Postens des Premierministers offiziell für beendet, nachdem die Opposition nicht auf das Angebot eingegangen war.
17.02.2014	EU-Parlamentspräsident Martin Schulz erklärt, die EU sei bereit, das Assoziationsabkommen zu unterzeichnen, sobald die politische Krise in der Ukraine gelöst sei. Dazu müsse die Ukraine die Bedingungen erfüllen, die bereits vor dem gescheiterten Gipfel von Vilnius bestanden haben.
17.02.2014	Der russische Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass Russland in der laufenden Woche den Ankauf ukrainischer Staatsanleihen im Wert von zwei Milliarden US-Dollar wieder aufnehmen werde. Damit sagt er die zweite Tranche des 15-Milliarden-Kredits zu.
18.02.2014	Am Morgen zieht ein Protestmarsch zum Parlament, um für die Einführung der Verfassung von 2004 zu demonstrieren. Im angrenzenden Mariinskij-Park findet eine regierungsfreundliche Demonstration statt. Als Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak sich weigert, einen Antrag der Opposition auf Rückkehr zur Verfassung von 2004 zu registrieren, durchbrechen einige Aktivisten die Polizeiketten.
18.02.2014	Während die Oppositionsparteien das Parlament blockieren, eskaliert auf den Straßen wieder die Gewalt. Scharfschützen beziehen Stellung auf den Dächern, auf der Schelkowitsch-Straße prallen die Fronten aufeinander, es werden Tränengas und Blendgranaten eingesetzt, die Protestierenden werfen Steine und Molotowcocktails.
18.02.2014	Das Hauptquartier der Partei der Regionen wird in Brand gesteckt.

18.02.2014	Witalij Klitschko erklärt, die Opposition sei bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, dazu müssten jedoch vorgezogene Neuwahlen angesetzt werden.
18.02.2014	Die Demonstranten richten im Haus der Offiziere, das zur Armee gehört, eine medizinische Versorgungsstation ein. Nach ihren Angaben leisteten die Mitarbeiter keine Gegenwehr.
18.02.2014	Das staatliche Energieunternehmen Naftogaz bittet den russischen Versorger Gasprom um eine Verlängerung der Frist zur Rückzahlung der Gasschulden bis Mitte April und zahlt 1,3 der 2,7 Milliarden Dollar Schulden aus dem letzten Jahr zurück.
18.02.2014	Die rechte Gruppe »Rechter Sektor« ruft Besitzer von Feuerwaffen auf, Trupps zur Selbstverteidigung zu bilden, um auf angeblich geplante Räumungsversuche mit Militärtechnik und scharfer Munition reagieren zu können.
18.02.2014	Das Parlament der Region Lwiw spricht erneut dem Gouverneur Oleh Salo das Misstrauen aus.
18.02.2014	Es gibt Berichte über »Tituschki«, zivile Einsatztruppen im Dienst der Regierung, die aus fahrenden Autos mit scharfer Munition auf Menschen schießen.
18.02.2014	Eine Gruppe von Journalisten des oppositionsfreundlichen fünften Kanals wird von Sicherheitskräften zusammengeschlagen.
18.02.2014	Der Inlandsgeheimdienst SBU und das Innenministerium erlassen ein Ultimatum. Wenn die Aufstände nicht bis 18 Uhr desselben Tages aufhörten, werde man »hart« reagieren. Das Verteidigungsministerium droht den Protestierenden im Haus der Offiziere mit einer »entsprechenden« Reaktion.
18.02.2014	Geoffrey Pyatt, Botschafter der USA in Kiew, erklärt, man erwäge alle Arten möglicher Sanktionen.
18.02.2014	Kurz nachdem aus der Westukraine ein Aufruf zur Generalmobilmachung nach Kiew ergeht, werden Zufahrtsstraßen in die Hauptstadt abgeriegelt und Verkehrskontrollen durchgeführt. Später werden zwei Straßenpolizisten erschossen aufgefunden, ein verletzter dritter wird ins Krankenhaus gebracht.
18.02.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch kündigt ein Treffen mit den Oppositionsführern an.
18.02.2014	Der oppositionsfreundliche fünfte Kanal des Oligarchen Petro Poroschenko wird landesweit abgeschaltet.
18.02.2014	Von der Institutsstraße stürmen Sicherheitskräfte den Maidan. Drei Wasserwerfer sind im Einsatz, die Barrikaden brennen, auf dem Maidan singen die Aktivisten die Hymne der Ukraine.
18.02.2014	In Iwano-Frankiwsk legen Angehörige der Spezialeinheit Berkut ihre Helme ab und verlassen unter dem Beifall der Protestierenden die Vertretung des Innenministeriums.
19.02.2014	In der Nacht beginnen Gespräche zwischen Präsident Wiktor Janukowytsch und den Oppositionsführern Witalij Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleh Tjahnybok.
19.02.2014	Das bisher von Demonstranten besetzte Gewerkschaftshaus, die Zentrale der Proteste, steht in Flammen. Aus den oberen Etagen retten sich Menschen durch die Fenster.
19.02.2014	In der Nacht feuern zwei wie die Selbstverteidigungseinheiten gekleidete Personen aus dem Hinterhalt auf Aktivisten der Opposition. Es heißt, die Angreifer seien »Tituschki«, also inoffiziell von der Regierungsseite rekrutierte Kämpfer. Ein Journalist der russischen Zeitung »Westi« wird tot in einem Taxi aufgefunden, mutmaßlich erschossen von »Tituschki«.
19.02.2014	Auf dem Maidan setzen die Protestierenden Molotow-Cocktails gegen die anstürmenden Berkut-Einheiten ein. Es gelingt vorerst, den Platz besetzt zu halten.
19.02.2014	Das Gesundheitsministerium bestätigt die am Morgen kursierende Zahl von 25 Toten – laut Innenministerium sind darunter neun Polizisten – während der Gefechte des vergangenen Tages. Mindestens 50 Aktivisten werden in der Nacht festgenommen. 21 Journalisten sind unter den Toten und Verletzten.
19.02.2014	In einer Fernsehansprache am frühen Morgen bedauert Präsident Wiktor Janukowytsch die Eskalation der Gewalt und macht die Oppositionspolitiker dafür verantwortlich. Der Dialog zwischen Regierung und Opposition habe bis zum Montag gehalten, doch am Dienstag habe die Opposition ihre Versprechen gebrochen.
19.02.2014	Das Treffen zwischen Präsident Wiktor Janukowytsch und Vertretern der Opposition endet ohne Ergebnis. Während Janukowytsch den Oppositionsführern mit Strafverfahren droht, erklärt Arsenij Jazenjuk, dass der Präsident wolle, dass die Demonstranten »nach Hause gehen«.

19.02.2014	Der oppositionelle Abgeordnete und ehemalige Verteidigungsminister Anatolij Hryzenko verbreitet am Morgen die Nachricht, der Verteidigungsminister Pawlo Lebedew habe den Befehl gegeben, eine 500 Mann starke Militärbrigade aus Dnipropetrowsk nach Kiew zu verlegen.
19.02.2014	Im ganzen Land werden Regionalbüros aller Parteien in Brand gesteckt, in Lwiw wird ein Brandanschlag auf die örtliche Vertretung des Inlandsgeheimdienstes SBU verübt.
19.02.2014	Das russische Innenministerium verlautbart erneut Kritik an westlichen Staaten, die nach seiner Einschätzung die radikalen Protestierenden nicht ausreichend kritisieren. Die Geschehnisse in der Ukraine werden in der Erklärung eine »braune Revolution« genannt. Russland werde all seinen Einfluss nutzen, um Frieden und Ordnung in der Ukraine wiederherzustellen.
19.02.2014	Für den Fall einer weiteren »Verschlechterung der Lage« kündigt EU-Kommissionpräsident José Manuel Barroso Sanktionen gegen einzelne Politiker und Beamte an, die am Einsatz von Gewalt beteiligt sein sollen.
19.02.2014	Die Polizei in Tscherniwzi, die auf die Seite der Demonstranten übergelaufen ist, verspricht, die örtliche Truppe der Berkut-Spezialeinheit aus Kiew abzuziehen.
19.02.2014	Im ganzen Land werden Polizeistationen und Vertretungen des Inlandsgeheimdienstes SBU gestürmt.
19.02.2014	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier macht Präsident Wiktor Janukowytsch für die Verschleppung der Krise verantwortlich und droht mit persönlichen Sanktionen gegen Janukowytsch. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy droht ebenfalls Sanktionen an.
19.02.2014	In Chmelnyzkij feuern Sicherheitskräfte in eine protestierende Menge, eine Frau erleidet eine Kopfverletzung und stirbt wenig später. Am Abend wird das örtliche SBU-Quartier gestürmt.
19.02.2014	Oleksandr Jakimenko, Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU kündigt eine landesweite »antiterroristische Operation« an, da »Extremisten« durch ihr radikales Verhalten das Leben von Millionen Ukrainern bedrohen würden. Die Aktion wird gemeinsam von SBU, Innen- und Verteidigungsministerium, Grenzschutz und regionalen Sicherheitsbehörden durchgeführt. Das Verteidigungsministerium erklärt, dass auch die Armee zur Verhaftung von Personen herangezogen werden könne.
19.02.2014	Wolodymyr Siwkowytsch wird auf seinem alten Posten als stellvertretender Sekretär des nationalen Sicherheitsrates wieder eingesetzt. Präsident Wiktor Janukowytsch hatte ihn am 14. Dezember wegen seiner Beteiligung an der gewaltsamen Auflösung der Demonstration am 30. November suspendiert.
19.02.2014	Die Partei der Regionen verliert Mitglieder und Fraktionsangehörige. In den Regionalparlamenten von Lwiw und Odessa gibt es Austritte aus Partei und Fraktion. Sieben fraktionslose Abgeordnete im Parlament in Kiew geben ihre Unterstützung für die Opposition bekannt.
19.02.2014	Die Eisenbahnstrecke zwischen Lwiw und Kiew stellt auf unbestimmte Zeit ihren Betrieb ein.
19.02.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch und der Fraktionschef der Oppositionspartei Vaterland, Arsenij Jazenjuk, erklären übereinstimmend, dass ein Waffenstillstand vereinbart worden sei. Einen weiteren Sturmversuch auf den Maidan werde es zunächst nicht geben.
19.02.2014	In Lwiw ruft das Nationalparlament die Autonomie aus. Sicherheitsorgane, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Parteien und der Verwaltung verhandeln über geordnete Verhältnisse.
19.02.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch ersetzt den Armeechef. Anstelle von Wolodymyr Samana ist nun Janukowytschs Vertrauter Jurij Ilijn im Amt.
20.02.2014	Der Rat der EU-Außenminister beschließt, dass Sanktionen gegen einzelne ukrainische Politiker verhängt werden sollen.
20.02.2014	Trotz des ausgehandelten Waffenstillstands gehen die Konfrontationen auf dem Maidan weiter. Es werden Blendgranaten und Molotow-Cocktails eingesetzt. Scharfschützen schießen von den Dächern auf Angehörige der Selbstverteidigungseinheiten und andere Aktivisten. Im Hotel »Ukraina« am Maidan werden Leichen von Protestierenden zur Identifizierung aufgebahrt. Am Mittag sind für den heutigen Tag insgesamt bis zu 30 Todesopfer zu beklagen.

20.02.2014	Die USA verhängen diplomatische Sanktionen gegen etwa 20 hohe zivile Staatsbeamte, die direkt an der Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten und der Verletzung von Menschenrechten beteiligt seien. Aus rechtlichen Gründen könnten die Namen nicht veröffentlicht werden.
20.02.2014	Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Oleksandr Jakimenko, berichtet, dass Aufständische in den Gebieten Ternopil, Iwano-Frankiwsk und Lwiw etwa 1.500 Gewehre und ca. 100.000 Patronen in ihre Gewalt bringen konnten, indem sie Waffenlager des SBU und der Polizeidienststellen stürmten.
20.02.2014	Von der Bühne des Maidan ruft Oleksandr Turtschinow, Politiker der Oppositionspartei Vaterland, die Protestierenden dazu auf, das Parlament nicht zu stürmen. Dort werde heute eine wichtige Beratung zur Rückkehr zur Verfassung von 2004 abgehalten. Die Sitzung war vom Abgeordneten der Partei der Regionen, Serhij Tihipko, einberufen worden.
20.02.2014	Wolodymyr Konstantinow, Parlamentssprecher der autonomen Republik Krim, schließt die Abspaltung der Krim von der Ukraine nicht aus.
20.02.2014	Andrij Kljuew, Chef der Präsidentialadministration, schlägt eine »Verfassungsabmachung« vor, in der sich beide Seiten auf einen neuen Verfassungstext einigen und ihre Verpflichtungen auf dem Weg dorthin festschreiben sollen. Für eine Verfassungsänderung sind 300 Stimmen nötig, deshalb müssen Opposition und Regierungskoalition im Parlament gemeinsam abstimmen.
20.02.2014	Wolodymyr Makeenko, seit dem 25. Januar Chef der Kiewer Stadtverwaltung, tritt aus der Partei der Regionen aus und ordnet an, die Metro in der Stadt wieder zu öffnen. Er spricht sich für eine sofortige Beendigung der Gewalt aus und übernimmt die Verantwortung für die »Lebensfunktionen« der Stadt.
20.02.2014	Es gibt eine Reihe von Austritten aus der Partei der Regionen. Am heutigen Tag verlassen mindestens fünf Abgeordnete die Partei, drei weitere treten aus der Fraktion aus. In Riwna löst sich die Fraktion der Partei der Regionen selbst auf.
20.02.2014	Zwölf Abgeordnete der Partei der Regionen unterschreiben einen Aufruf an die Sicherheitsorgane des Landes, keinen »kriminellen« Befehlen Folge zu leisten, die sich gegen friedliche Protestierende richten oder zum Gebrauch scharfer Schusswaffen anhalten.
20.02.2014	Jurij Pawlenko, Beauftragter des Präsidenten für Kinderrechte, legt sein Amt nieder. Er könne seinen Pflichten nicht weiter nachkommen und verurteile kategorisch das gewaltsame Vorgehen der Spezialeinheiten gegen friedliche Demonstranten. Zuvor waren Videobilder aufgetaucht, auf denen Scharfschützen und Polizisten mit Kalaschnikows auf Menschen auf dem Maidan schießen.
20.02.2014	Zu einer außerordentlichen Parlamentssitzung der Oppositionsparteien erscheint eine größere Anzahl fraktionsloser Abgeordneter und Abgeordneter der Partei der Regionen. Die Fraktionsführung der Partei der Regionen hatte abgekündigt, der Sitzung nicht beizuwohnen.
20.02.2014	Innenminister Witalij Sachartschenko gibt die Anweisung an Polizisten aus, ihre Schusswaffen gegen »Extremisten« zu gebrauchen, die den Waffenstillstand nicht einhalten. Er ruft die Protestierenden dazu auf, die Waffen abzugeben. Die Ombudsfrau für Menschenrechte, Walerija Ludkowska, erklärt, der Minister erteile rechtswidrige Befehle.
20.02.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs. Nach dem Gespräch verlassen die Minister das Gebäude, ohne mit der Presse zu sprechen.
20.02.2014	Die Ukrainisch-orthodoxe Kirche erklärt, in den Gottesdiensten fortan nicht mehr für die Staatsmacht zu beten, da diese zum wiederholten Male die Aufrufe der Kirche, keine Gewalt gegen Demonstranten einzusetzen, ignoriert habe.
20.02.2014	In einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments beschließen die Oppositionsparteien, unterstützt von fraktionslosen Abgeordneten und einigen Abgeordneten der Partei der Regionen, die »antiterroristische Operation«, die einen Tag zuvor von den Sicherheitsbehörden ausgerufen worden war, zu stoppen. Sie erlassen eine Resolution, die zur sofortigen Einstellung der Operation aufruft. Obwohl nicht vom Präsidenten unterzeichnet, gilt der Beschluss als wichtiges Symbol.
21.02.2014	Im Parlament findet eine Beratungssitzung zur Rückkehr zur Verfassung von 2004 statt. In einer Unterbrechung kommt es zu einer Schlägerei zwischen einigen Abgeordneten.

21.02.2014	Auf dem Maidan fallen am Morgen wieder Schüsse. Sowohl die Protestierenden als auch die Polizei hatten in den vergangenen Tagen scharfe Munition eingesetzt, was zu einem dramatischen Anstieg der Todesopfer auf beiden Seiten geführt hatte.
21.02.2014	Präsident Janukowytsch kündigt vorgezogene Präsidentschaftswahlen noch für das laufende Jahr an und verspricht, zur Verfassung von 2004 zurückzukehren. Protestierende auf dem Maidan kritisieren den Kompromiss und verlangen den sofortigen Rücktritt und einen Prozess gegen den Präsidenten. Der Chef der Dachorganisation rechtsradikaler Splittergruppen »Rechter Sektor«, Dmytro Jarosch, nennt die Erklärung eine Lüge.
21.02.2014	Nachrichten vom unvermittelten Abzug von etwa etwa 1.000 Polizisten aus dem Regierungsviertel machen die Runde. Der oppositionelle Abgeordnete Anatolij Hryzenko berichtet von 1.000 Sicherheitskräften, die Kiew verlassen hätten, um »auf die Seite des Volkes überzutreten«. Es handelt sich offenbar um regionale Brigaden der Spezialeinheit Berkut, die laut Hryzenko »nach Hause« fahren. Der Abgeordnete ruft die Protestierenden auf, sie ziehen zu lassen. Vom Innenministerium kommt die Information, dies könnte mit der vom Parlament verabschiedeten Resolution zur Beendigung der Anti-Terror-Operation zusammenhängen.
21.02.2014	Mit den Außenministern Polens und Deutschlands und einem Vertreter des französischen Außenministeriums als Zeugen unterschreiben Präsident Wiktor Janukowytsch und die drei Oppositionsführer eine gemeinsame Erklärung über Neuwahlen und eine Rückkehr zur Verfassung von 2004. Es wird kolportiert, dass Wladimir Lukin, russischer Ombudsmann für Menschenrechte und Gesandter des russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Verhandlungen, die gemeinsame Vereinbarung nicht unterzeichnet hat.
21.02.2014	Der russische Abgeordnete Leonid Sluzkij erklärt in der Duma, dass Russland auch mit einer neuen ukrainischen Regierung »auf allen Ebenen« zusammenarbeiten werde. Er nennt Details des ausgehandelten Abkommens, das die Bildung einer Koalitionsregierung innerhalb von zehn Tagen, die Rückkehr zur Verfassung von 2004 und vorgezogene Präsidentschaftswahlen beinhalten solle.
21.02.2014	Das Parlament verabschiedet mit überwältigender Mehrheit (325 Stimmen) die Rückkehr zur Verfassung von 2004. Das entsprechende Gesetz sieht vor, dass innerhalb von fünf Tagen nach Inkrafttreten die Gesetze aus den Jahren 2010 und 2011, die die Macht des Präsidenten massiv ausgebaut haben, zurückgenommen werden müssen. Die Verfassung gibt dem Parlament erhebliche Machtbefugnisse zurück, insbesondere über die Regierungsbildung.
21.02.2014	Das Parlament beschließt mit Verfassungsmehrheit ein Gesetz, das alle Aktivisten, die im Zuge der Proteste festgenommen wurden, von juristischer Verfolgung befreit.
21.02.2014	Das Parlament entlässt in einem Beschluss den Innenminister Witalij Sachartschenko.
21.02.2014	Das Parlament verabschiedet ein neues Strafrecht, laut dem Julija Tymoschenko sofort freikommen könnte.
21.02.2014	Weitere 17 Abgeordnete verlassen die Fraktion der Partei der Regionen. Dies hängt möglicherweise mit der Wiedereinführung der Verfassung von 2004 zusammen, die ein imperatives Mandat vorsieht. Wer bei Inkrafttreten der Verfassung Mitglied einer Fraktion ist, kann nicht austreten, ohne sein Mandat zu verlieren.
21.02.2014	Der Inlandsgeheimdienst SBU beendet offiziell seine Anti-Terror-Operation. Das Parlament hatte sie zuvor für ungesetzlich erklärt.
21.02.2014	In Charkiw findet am Abend eine große Kundgebung statt, auf der sich Anhänger der Opposition am polnischen Konsulat lautstark für die Unterstützung bedanken.
21.02.2014	Die Dachorganisation rechtsradikaler Splittergruppen »Rechter Sektor« erklärt, man werde die Waffen nicht niederlegen, bis Präsident Janukowytsch zurückgetreten sei. Man lasse sich von Kompromisslösungen keinen »Staub in die Augen streuen«. Ähnliche Aussagen kommen von den Anführern des Automaidan. Auf dem Maidan wird Janukowytsch ein Ultimatum gestellt: Er solle bis zum Morgen zurücktreten. Wenig später entschuldigt sich Witalij Klitschko auf dem Maidan dafür, an der Kompromisslösung mitgewirkt zu haben und erklärt, er werde alles dafür tun, damit der Präsident zurücktritt.

21.02.2014	Es verbreitet sich die Nachricht, Präsident Wiktor Janukowytsch sei nach Charkiw geflogen.
22.02.2014	US-Präsident Barack Obama telefoniert mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, um die Situation in der Ukraine zu besprechen.
22.02.2014	Die Revolution nimmt ihren Lauf. In den frühen Morgenstunden erklärt Andrij Parubij, »Kommandant des Maidan«, dass die Aktivisten die Situation in Kiew nun kontrollieren.
22.02.2014	Am Morgen wird eine Rücktrittserklärung des Parlamentssprechers Wolodymyr Rybak veröffentlicht. Offiziell tritt er aus gesundheitlichen Gründen zurück.
22.02.2014	»Meschyhirja«, die seit seiner Abreise unter unklaren Bedingungen leerstehende Residenz des Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Kiewer Umland, ist für Besucher geöffnet. Wo Janukowytsch sich aufhält, ist nicht bekannt.
22.02.2014	Der Gouverneur der Region Charkiw, Mikhail Dobkin, ruft einen Parteitag der Partei der Regionen für die südlichen und östlichen Regionen des Landes ein. Man versuche nicht, das Land zu spalten, sondern es zu erhalten. Es nehmen auch russische Abgeordnete und Gouverneure teil. Das Parlament in Kiew kritisiert die Aktivitäten als »separatistisch«. Der Oligarch und Fabrikbesitzer in Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskij, sowie einige regionale Politiker der Partei der Regionen verurteilen den Parteitag.
22.02.2014	Das Parlament verabschiedet Resolutionen, nach denen die bisher beschlossenen Gesetze über die Rückkehr zur Verfassung von 2004 und das neue Strafrecht ohne die Unterschrift des Präsidenten in Kraft treten.
22.02.2014	Das Parlament wählt den Abgeordneten der Partei Vaterland Oleksandr Turtschinow zum neuen Parlamentssprecher, ernennt Arsen Awakow von der Partei Vaterland zum kommissarischen Innenminister und spricht dem Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka das Misstrauen aus.
22.02.2014	Julija Tymoschenko verlässt das Gefängnis Krankenhaus in Charkiw und tritt am Abend auf dem Maidan auf.
22.02.2014	Verteidigungsminister Pawlo Lebedew verlässt seinen Arbeitsplatz und hält sich auf der Krim auf.
22.02.2014	In Kertsch auf der Krim gibt es einen Übergriff sogenannter »Tituschki« auf eine friedliche Demonstration von UDAR-Aktivisten.
22.02.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bedauert, dass die Opposition nicht auf das Kompromissangebot des Präsidenten eingegangen ist.
22.02.2014	In einer Videobotschaft dementiert Wiktor Janukowytsch sein angebliches Rücktrittsvorhaben, nennt die Ereignisse einen »gewaltsamen Umsturz« und erklärt, er sei der legitime Präsident der Ukraine. Er erklärt die Entscheidungen des Parlaments für ungesetzlich und kündigt an, alles dafür zu tun, die »Banditen« zu stoppen. Wie er es anstellen werde, wisse er noch nicht. Er gibt an, man habe auf sein Auto und auf das des zurückgetretenen Parlamentssprechers Wolodymyr Rybak geschossen. Der erklärt später, dies sei nicht geschehen.
22.02.2014	Aus dem Verteidigungsministerium kommt eine Erklärung, in der die Streitkräfte versichern, sich nicht in den Konflikt einzumischen und auf der »Seite des ukrainischen Volkes« zu stehen.
22.02.2014	Das Parlament erklärt mit 317 von 331 Stimmen Wiktor Janukowytsch für abgesetzt und setzt Neuwahlen für den 25. Mai 2014 an. Außerdem ernennt es Beauftragte für die kommissarische Leitung des Inlandsgeheimdienstes und der Generalstaatsanwaltschaft.
22.02.2014	Die Außenminister Deutschlands und Großbritanniens erklären ihre Bereitschaft, die »neue Regierung« in Kiew bei der Beschaffung eines Kredits des IWF zu unterstützen.
22.02.2014	Die USA erklären ihre Unterstützung für den Machtwechsel in Kiew und begrüßen die Befreiung Julija Tymoschenkos.

22.02.2014	Die Parlamentszeitung »Stimme der Ukraine« veröffentlicht die an den vergangenen Tagen mit großer Mehrheit angenommenen Gesetze und Resolutionen: die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Absetzung des Innenministers Sachartschenko und die Einsetzung Arsen Awakows, die Misstrauenserklärung an Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka und die Zurückweisung separatistischer Aktivitäten auf dem Staatsgebiet der Ukraine. Damit treten die Beschlüsse in Kraft, erklärt der der Opposition nahestehende Geschäftsmann und Politiker Petro Poroschenko auf dem Maidan.
22.02.2014	Das Gesundheitsministerium zählt seit dem Beginn der Ausschreitungen 82 Tote.
23.02.2014	Gernot Erler, Beauftragter der Bundesregierung für die Beziehungen zu Russland, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien, ruft die EU auf, die Staatspleite der Ukraine nicht geschehen zu lassen und ihr finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen.
23.02.2014	Das Parlament beschließt, Amtspersonen, denen Verbrechen vorgeworfen werden, die Ausreise zu verbieten. Die Führungselite um Wiktor Janukowytsch war zuvor bereits an der Ausreise in Richtung Russland gehindert worden. Wo Wiktor Janukowytsch sich aufhält, ist weiterhin unbekannt.
23.02.2014	Das Parlament ernennt den neuen Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow zum kommissarischen Präsidenten, gibt sich selbst die Kompetenz zur Ernennung und Entlassung von Richtern und entlässt Außenminister Leonid Koschara, Bildungsminister Dmytro Tabatschnik und Gesundheitsministerin Raisa Bogatyryewa.
23.02.2014	Das Parlament nimmt das Sprachengesetz von 2012 zurück. Damals war beschlossen worden, dass in Regionen, in denen mindestens 10 % der Bevölkerung eine andere Sprache als Ukrainisch sprechen, diese Sprache im offiziellen Kontext verwendet werden darf (siehe Ukraine-Analysen Nr. 106). Dieser Entscheidung stimmen erheblich weniger Abgeordnete zu als den bisherigen Entlassungen und Ernennungen.
23.02.2014	In Kertsch auf der Krim und in Odessa finden kleinere Demonstrationen gegen den Maidan und den Machtwechsel statt. Es werden die russische und die Flagge der Sowjetunion gehisst. In Sewastopol wird mit Aleksej Tschalyj ein russischer Staatsbürger zum Bürgermeister gewählt. Der erklärt, er werde keine Steuern nach Kiew abführen. In Sewastopol demonstrieren 20.000 Menschen gegen die Revolution.
23.02.2014	EU-Politiker erkennen die neuen politischen Autoritäten in Kiew an und erinnern an die Notwendigkeit zügiger Reformen.
23.02.2014	Der polnische Präsident Bronislaw Komorowski ruft dazu auf, die neue Regierung schnellstmöglich durch Wahlen zu bestätigen. IWF-Chefin Christine Lagarde erklärt, dass für Verhandlungen für einen Kredit »legitime Gesprächspartner« nötig seien.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Malygina

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>